

Vorwort

In seiner Vorrede zu den „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ bemerkt Hegel sehr richtig: „Um noch über das *Belehren*, wie die Welt sein soll, ein Wort zu sagen, so kommt dazu ohnehin die Philosophie immer zu spät. Als der *Gedanke* der Welt erscheint sie erst in der Zeit, nachdem die Wirklichkeit ihren Bildungsprozeß vollendet und sich fertig gemacht hat ... die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug.“* Sehr richtig – für alle Philosophie vor Marx!

Nach Marx aber wandelte in der bürgerlichen Philosophie die Eule der Minerva völlig ihren Charakter. War die Eule einst der heilige Vogel der Athene als Göttin der Weisheit und wurde sie von den Römern für ihre der Athene in vielem entsprechende Göttin Minerva übernommen, so verwandelte sie sich in der alten christlichen Kunst zum Symbol der „falschen Wahrheit und irdischen Torheit“. Als solche haben sie offenbar die bürgerlichen Philosophen von heute übernommen – und schicken sie nicht erst in der einbrechenden Dämmerung, sondern bereits mit dem ersten Hahnenschrei aus, um die Menschen zu betören.

Auch die Minerva hat sich gewandelt. Sie erscheint heute als Vierteljahresschrift „Minerva, A review of science, learning and policy“ in London und beschäftigt sich mit Problemen des wissenschaftlichen Lebens vor allem in der Welt des Kapitals. Mit der Ideologie dieser Zeitschrift in ihren ersten 10 Jahrgängen von 1962/63 bis 1972 wollen wir uns im folgenden beschäftigen.

[10] Kennzeichnend für sie ist, daß viele ihrem Autoren scheinbar vom Geiste des bürgerlichen Liberalismus beseelt sind, sich auch auf Wilhelm von Humboldt berufen und versuchen, was einst fortschrittlich, dem jungen Bürgertum nützlich und gegen feudale Tendenzen gerichtet, heute zum „Ideal des Wissenschaftlers“ in einer untergehenden Gesellschaft, in der die „Elite der Bourgeoisie“, das Monopolkapital, „auf der ganzen Linie reaktionär“ ist, zu erklären. Ja, sogar die Kategorien der Ökonomie der Freien Konkurrenz von Adam Smith werden auf das heutige akademische Leben angewandt.

Und wenn wir das Vorwort zum ersten Heft der „Minerva“ mit dem zum Beginn des 10. Jahrgangs vergleichen, dann stellt der Herausgeber – und wir mit ihm – fest, daß Ideologie und Problematik für sie unverändert geblieben sind. Überhaupt muß man doch erkennen, daß bei allen Variatiönchen die drei oder vier Hauptrichtungen der Ideologie des Monopolkapitals seit rund drei Vierteljahrhunderten immer die gleichen geblieben sind. Man sollte nicht aus jedem gerade in Mode gekommenen bourgeoisen Ideologen gewissermaßen einen negativen Helden machen, sondern ihn vielmehr als einen vielleicht ein wenig verschieden dekorierten, aber sonst recht alltäglichen Feldwebel in der Armee der Propagandisten des Kapitals aufzeigen.

Das bedeutet natürlich nicht, daß nicht einige von ihnen – und das gilt insbesondere für eine Reihe von Autoren in der „Minerva“ – ehrliche Toren sind oder kluge Verblendete, die auf unserer Seite Tüchtiges leisten könnten, Opfer jener unsinnigen Verschwendung von Intellekt, die jede untergehende Gesellschaft verursacht.

Unser Büchlein beschäftigt sich im Grunde mit der Stellung des Wissenschaftlers in der vom Kapital beherrschten Gesellschaft der Gegenwart. Darum ist es auch erlaubt, der Analyse der von der „Minerva“ verbreiteten Ideologie einen zweiten Teil anzufügen, der sich mit der Problematik des fortschrittlichen Wissenschaftlers unter den Herrschaftsbedingungen des Monopolkapitals, insbesondere auch mit der Frage eines „Hippokratischen Eides“ des Wissenschaftlers, beschäftigt.

Jürgen Kuczynski

[11]

* G. W. F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Berlin 1956, S. 17.

Einleitung: Der Hintergrund

In seinem Buche „Die Wissenschaft in der Geschichte“ schildert Bernal die „neue Verantwortung“ des Wissenschaftlers, die die jüngste Entwicklung ihm auferlegt hat: „Die großen Veränderungen in Umfang und Organisation der Wissenschaft in jüngster Zeit haben den inneren Charakter der Wissenschaft direkt beeinflußt. Zum erstenmal sind Wissenschaftler gezwungen, sich über ihre Tätigkeit von einem allgemeinen soziologischen und nicht mehr nur von einem bestimmten akademischen Aspekt Rechenschaft zu geben. Sie müssen ihre Beziehungen zueinander und zur Gesellschaft, aber auch zu dem Gegenstand ihrer Untersuchungen berücksichtigen. Dieses Interesse beschränkt sich jedoch nicht auf die Wissenschaftler; es ist auch eine Angelegenheit von höchster Wichtigkeit für die große Öffentlichkeit. Je klarer erkannt wird, daß der gegenwärtige Wohlstand und der zukünftige Fortschritt der Gesellschaft von der zweckmäßigen Entwicklung der Wissenschaft und dem Gebrauch, der von ihr gemacht wird, abhängen, desto mehr Menschen werden bereit sein, sie zu unterstützen und zu fördern; um so stärker werden sie aber auch daran interessiert sein, daß die Wissenschaft sich gesund und erfolgreich entwickelt.“¹

Bernal hat völlig recht, daß zum ersten Male in der Geschichte „die große Öffentlichkeit“ Rechenschaft vom Wissenschaftler über seine Tätigkeit und seine Beziehungen zur Gesellschaft verlangt.

Er hat unrecht, wenn er meint, daß die Wissenschaftler selbst sich zum ersten Male gezwungen fühlen, sich solche Rechenschaft zu geben. Stets haben die Verantwortungsbewußten unter ihnen solches getan. Man denke nur etwa, um ein einst berühmtes Beispiel des Ausdrucks solchen Verantwortungsbewußtseins zu nennen, an den sechsten Teil der „Abhandlung über die [12] Methode“ (Discours de la Methode – 1637) des René Descartes.

Descartes beginnt so: „Es sind nun drei Jahre verfllossen, seit ich die Abhandlung, die alle diese Dinge enthält, beendet hatte und anfang, sie wieder durchzusehen, um sie in die Hände des Druckers zu geben. Da erfuhr ich, daß Personen, die ich achte und deren Autorität auf meine Handlungen kaum weniger vermag, als meine eigene Vernunft auf meine Gedanken, eine physikalische Ansicht, die kurz vorher durch einen Anderen veröffentlicht worden war, gemißbilligt hatten. Nun will ich zwar nicht sagen, daß ich dieser Ansicht wäre, wohl aber, daß ich vor ihrer Zensur nichts in ihr bemerkt habe, was ich mir als der Religion oder dem Staate schädlich vorstellen könnte, noch was infolgedessen mich gehindert hätte, sie niederzuschreiben, wenn die Vernunft mich davon überzeugt hätte. Dies ließ mich fürchten, daß auch in meiner Abhandlung sich Stellen finden möchten, in denen ich mich getäuscht haben könnte, trotz der großen Vorsicht, die ich stets angewandt habe, keine neuen Ansichten in meine Überzeugung aufzunehmen, wofür ich nicht ganz gewisse Beweise hätte, und keine niederzuschreiben, die zum Nachteil von irgend jemand gereichen könnten.“²

1633 hatte Descartes das Manuskript beendet. 1636 nahm er es sich wieder vor, um es in den Druck zu geben. Da hörte er von der Verurteilung des Galilei durch die römische Inquisition. Weil er deren Autorität fast ebenso schätzte wie seine eigene Vernunft, und da er Galileis Auffassungen zuvor gelesen hatte, ohne zu bemerken, daß sie der Religion oder dem Staate gefährlich wären, hatte er ähnliche Befürchtungen betreffend seine eigenen Schriften. „Es ist dies genügend gewesen, um mich zu nötigen, den Entschluß der Veröffentlichung meiner Schrift abzuändern.“³

Natürlich war es niemals seine Absicht, seine Erkenntnisse der Menschheit vorzuenthalten: „Sobald ich aber zu einigen allgemeinen Begriffen in der Physik gelangt, und, da ich sie bei verschiedenen besonderen Schwierigkeiten zu erproben begann, bemerkt, bis wohin sie führen können, und wie weit sie von den Prinzipien abweichen, deren man sich bis jetzt bedient hat, habe ich geglaubt, man könne sie nicht verborgen halten, ohne gewaltig gegen das Gesetz zu verstoßen, nach dem wir, soweit [13] es uns möglich ist, verpflichtet sind, für das allgemeine Wohl aller Menschen zu sorgen.“⁴

¹ J. D. Bernal, Die Wissenschaft in der Geschichte, Berlin 1967, S. 838 f.

² R. Descartes, Abhandlung über die Methode, Leipzig 1948, S. 50.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda, S. 51.

Genau wie Francis Bacon meint auch Descartes, daß es der tiefste Sinn der Wissenschaft sei, den Menschen zu nutzen, und daß dadurch die Rolle des Wissenschaftlers in der Gesellschaft bestimmt sei.

Jedoch hätte es damit nicht solche Eile, sagte sich Descartes: „Ich durfte jedoch nicht darin einwilligen, daß sie während meines Lebens veröffentlicht wurden, damit weder die Entgegnungen und Streitigkeiten, denen sie vielleicht unterworfen wären, noch selbst der Ruhm, den sie mir erwerben möchten, mich irgendwie dazu veranlaßten, die Zeit zu verlieren, die ich zu meiner Belehrung zu verwenden beabsichtige. Denn so wahr es ist, daß jeder Mensch verpflichtet ist, so viel an ihm liegt, für das Wohl der anderen zu sorgen, und daß es ganz eigentlich heißt, nichts wert sein, wenn man niemandem nützt, so ist es doch auch wahr, daß unsere Bemühungen sich über die gegenwärtige Zeit hinaus erstrecken müssen, und daß man recht daran tut, die Dinge zu unterlassen, die vielleicht für die Lebenden von gewissem Vorteil sein würden, wenn es in der Absicht geschieht, statt dessen anderes zustandezubringen, das vielleicht unseren Nachkommen größeren Nutzen bringt.“⁵

Doch dann beschließt er doch zu veröffentlichen. Einmal, um nicht irgendwelche seinem Rufe nachteiligen Gerüchte über seine Schweigsamkeit aufkommen zu lassen. Sodann aber aus einem sehr interessanten Grunde, der mit der Art der Entwicklung der Wissenschaft selbst zusammenhängt: „Der andre Grund, der mich dies zu schreiben genötigt hat, ist der, daß ich alle Tage mehr und mehr die Verzögerung bemerke, welche meine Absicht, mich zu unterrichten, wegen einer unendlich großen Anzahl von Versuchen erleidet, deren ich bedarf und die ich unmöglich ohne die Hilfe anderem anstellen kann. Wenngleich ich mir nun nicht so sehr schmeichle, zu hoffen, daß das Publikum meinen Interessen besondere Teilnahme entgegenbringt, so will ich mich selbst doch auch nicht so sehr schädigen, daß ich denen, die mich überleben werden, Veranlassung gebe, mir eines Tages vorzuwerfen, ich hätte ihnen eine Reihe von Dingen weit besser hinterlassen können, als es der Fall ist, wenn ich es nicht allzusehr vernachlässigt hätte, ihnen zu ver-[14]stehen zu geben, worin sie zu meinen Absichten beitragen könnten.“⁶

Das heißt: Man arbeitet als Wissenschaftler, um der Menschheit zu nutzen, man veröffentlicht aber nicht erst nach dem Tode, wenn es darauf ankommt, Gedanken und Experimente anderer anzuregen, die einem selber bei der Weiterarbeit helfen und so die Erkenntnis der Welt fördern. Wissenschaft ist ein kollektives Unternehmen, das in vielen Fällen unmittelbare gegenseitige Anregung und Unterstützung von Zeitgenossen verlangt.

Schließlich sei noch eine Bemerkung zitiert, die zeigt, wie klar sich Descartes auch über die Notwendigkeit einer geschickten Taktik innerhalb der wissenschaftlichen Intelligenz war: „Und wenngleich ich in französischer Sprache, der meines Landes, lieber als in der lateinischen, der meinem Lehrer, geschrieben habe, so habe ich das deshalb getan, weil ich hoffe, daß diejenigen, welche sich nur ihrer natürlichen, ganz reinen Vernunft bedienen, besser über meine Ansichten urteilen werden, als die, welche bloß an die alten Bücher glauben. Was aber die betrifft, welche gesunden Menschenverstand mit Studium verbinden, – und sie allein wünsche ich mir als meine Richter, – so werden sie, wie ich sicher bin, nicht so parteiisch für das Latein eingenommen sein, daß sie sich deshalb weigern sollten, meine Gründe anzuhören, weil ich sie in der Volkssprache auseinandersetze.“⁷

So großartig und klar Descartes (viel öfter noch als hier zitiert) zum Ausdruck bringt, daß die Wissenschaft den Menschen dienen soll, so gewunden sind seine Ausführungen zur Frage der Veröffentlichung seiner Arbeiten. Doch nicht die Gewundenheit dieser Ausführungen soll uns hier interessieren, sondern die Probleme des Wissenschaftlers, mit denen sie uns bekannt machen und die heute noch in so vieler Beziehung aktuell sind.

Nun stehen aber heute auch ganz andere Probleme für den Wissenschaftler als in jenen fernen (wenn auch in vieler Beziehung so nahen) Zeiten – wobei diese Probleme bei aller Andersartigkeit nicht ohne jede Verbindung zu den zuvor angedeuteten sind. Bernal schreibt über zwei entscheidende Probleme so:

⁵ Ebenda, S. 54 f.

⁶ Ebenda, S. 61 f.

⁷ Ebenda, S. 63 f.

[15] „Zwei bedeutende Streitfragen bewegen zur Zeit die Welt der Wissenschaft: Ist die Organisation der Wissenschaft mit der Freiheit vereinbar, die allein den Fortschritt der Wissenschaft ermöglicht? Sind die Wissenschaftler für die gesellschaftlichen Folgen ihrer Arbeit verantwortlich und wenn ja, in welchem Umfang? Das sind eigentlich zwei Aspekte eines einzigen Problems, und die Diskussion darüber hat die Wissenschaftler in zwei sich ziemlich eindeutig gegenüberstehende Lager gespalten. Die ältere Schule, die sehnsüchtig auf das goldene Zeitalter der Wissenschaft des 19. Jahrhunderts zurückblickt, die Organisation auf ein Minimum beschränken, um den spontanen Bemühungen der einzelnen, persönlich interessierten Wissenschaftler freien Lauf zu lassen. Sie möchten auch jede Verantwortung für die Auswirkungen der wissenschaftlichen Arbeit soweit wie möglich von sich weisen und sie gerne den Industriellen und Politikern übertragen, wenn sie auch zum größten Teil behaupten, die Konsequenzen zu bedauern. Im anderen Lager stehen hauptsächlich jüngere Wissenschaftler, die in der Organisation das einzige Mittel sehen, die Wissenschaft weiter zu entwickeln und ihre tatsächliche Verwendung zu gesellschaftlichen Zwecken zu sichern. Diese Wissenschaftler sind der Ansicht, daß sie im Rahmen einer breiteren demokratischen Bewegung ihren Anteil an der Verantwortung für den Gebrauch der Wissenschaft tragen müssen.

Besonders in dieser Frage wirkt sich der Gegensatz zwischen der Anwendung der Wissenschaft in kapitalistischen und in sozialistischen Ländern auf die Meinung der Wissenschaftler am stärksten aus. Auf der einen Seite kann jeder die ungeheure Entwicklung der Wissenschaft für industrielle Zwecke im Interesse des Profits der Monopole und die noch gewaltigere Entwicklung für militärische Zwecke erkennen, wobei die Wissenschaft an dem Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen entscheidenden Anteil hat. Auf der anderen Seite steht die Schaffung einer neuen Organisation der Wissenschaft größten Ausmaßes, in der zwar die Wissenschaft für militärische Zwecke ebenfalls eine gewisse Rolle spielt, die jedoch in erster Linie dazu bestimmt ist, Probleme der Produktion zu lösen und konstruktive Pläne zur Umgestaltung der Natur und zur Erhöhung des Lebensstandards auszuarbeiten.“⁸

Merkwürdig die völlige Verschiedenheit des Standpunktes [16] derer, die Bernal hier „die ältere Schule“ nennt, und des Standpunktes nicht nur der jüngeren Wissenschaftler, sondern auch von Newton, Descartes oder Bacon. Für die letzteren war es eine Selbstverständlichkeit (doch natürlich eine neue Selbstverständlichkeit gegenüber der Zeit, in dem die Wissenschaft Gott zu dienen hatte), daß die Wissenschaft den Menschen Glück bringen sollte. Und wenn Descartes gern in einem Elfenbeinturm geschrieben hätte, dann doch nur während seines Lebens und um die Wissenschaft besser voranzutreiben – niemals aber um des L’art-pour-l’art- oder richtiger um des Science-pour-la-science-Standpunktes willen, denn nach seinem Tode sollten seine Erkenntnisse natürlich dem Volke dienen.

Merkwürdig, des Merkens würdig – aber nicht unverständlich. Denn die Großen der Vergangenheit, die wir hier genannt, und die jüngeren Wissenschaftler, die Bernal nennt, haben eines gemein: Sie kämpfen für die Ideale einer neuen Gesellschaft (ob sie es wissen oder nicht), während „die ältere Schule“ der Gegenwart für die Erhaltung einer alten Gesellschaft, möglichst in dem heute unmöglichen Form des 19. Jahrhunderts, eintritt. Und wenn Bernal die jüngeren Wissenschaftler der Gegenwart mit „einer breiteren demokratischen Bewegung“ in Verbindung bringt – im Gegensatz zur „älteren Schule“ –, dann ist es nützlich, sich an die Begründung von Descartes zu erinnern, warum er seinen Discours auf französisch schrieb.

Die Wissenschaft ist heute zu einer Erscheinung von größter gesellschaftlicher Bedeutung geworden. Darüber schreibt Bernal: „Die Verwandlung der Wissenschaft in einen wichtigen Faktor im gesellschaftlichen Bereich ist ein entscheidender und irreversibler Schritt in der allgemeinen Geschichte der Menschheit. Zusammen mit den ökonomischen und politischen Veränderungen, mit denen sie unvermeidlich gekoppelt ist, ist es ein Ereignis von dem gleichen Bedeutung wie das Auftauchen der menschlichen Rasse selbst oder ihrer ersten Zivilisation. Derartig grundsätzliche Veränderungen bringen sowohl positive als auch negative Auswirkungen mit sich. Sie machen nicht nur Neues möglich, sondern auch Altes unmöglich. Ist einmal der Durchbruch zu einer neuen, höheren Stufe der Komplexität erfolgt, so nimmt die Möglichkeit ähnlicher Sprünge an anderen Stellen schnell ab. Als

⁸ J. D. Bernal, a. a. O., S. 839.

sich zum Beispiel die grünen Pflanz-[17]en auf dem Festland ausgebreitet hatten, gab es für Pflanzenformen mit anderem Stoffwechsel keine Möglichkeit mehr, das gleiche zu tun.

Die Entwicklung der modernen Wissenschaft, seit ihren Anfängen mit dem Kapitalismus und der industriellen Revolution verknüpft, war umfassend und irreversibel. Die neue Art und Weise, Dinge zu formulieren und über Dinge nachzudenken, die sich aus der Untersuchung der Techniken und der Handfertigkeiten ergab, führte, da sie diese Techniken änderte, zu einem viel umfassenderen Herangehen sowohl an menschliche als auch an technische Probleme. Dadurch wurde – und wird auch in Zukunft – jeglicher Lösungsversuch unmöglich gemacht, der die Wissenschaft daran hindert, sich letzten Endes doch durchzusetzen.

Das wird durch ein Beispiel aus der jüngsten Geschichte deutlich unterstrichen. Die Nazis waren von Anfang an äußerst antirationalistisch und Anhänger eines mystischen Systems; nur ein solches System konnte ihnen den Schein einer Rechtfertigung verleihen und gleichzeitig dazu dienen, ihr wirkliches Ziel, die Unterstützung des Monopolkapitalismus, zu verschleiern. Daher standen sie natürlich in Opposition zur Wissenschaft; andererseits konnten sie aber ohne sie nicht auskommen, da sie die Wissenschaft für ihr einziges Mittel, um ihre Ziele durchzusetzen – den Krieg –, benötigten. Ein Staat und eine Klasse, die von der Wissenschaft keinen Gebrauch machen oder machen können und sie nicht auf den höchsten Stand entwickeln, sind in unserer heutigen Welt zu Verfall und Untergang verurteilt.“⁹

Sie sind zu Verfall und Untergang verurteilt. Richtig. Um so interessanter ist es, daß kürzlich in der „Weltbühne“ folgende Ausführungen unter der Überschrift „Wissenschaftliche Konterrevolution in den USA“ erscheinen konnten:

„Seit mehr als einem Jahr werden die öffentlichen Ausgaben für Wissenschaft von der Regierung dem USA gekürzt. Das Amt des wissenschaftlichen Beraters des Präsidenten ist abgeschafft worden. Die Arbeitslosigkeit unter Wissenschaftlern ist höher als die Durchschnittsrate für alle Beschäftigten.

Besonders ernst beurteilen die Wissenschaftler den Fortfall der Unterstützung junger Wissenschaftler im postgradualen Studium. Gegen eine Kürzung des Budgets für die Ausbildung und Forschung auf dem Gebiete der Medizin wendet sich [18] jetzt mit eindrucksvollen Argumenten Arthur Kornberg von der Biochemischen Fakultät der Stanford-Universität in Californien in ‚Science‘ vom 1. Juni 1973: ‚Der Beschluß (der Budgetkürzung) kann ganz offenbar nicht ökonomisch begründet werden. Die Ausbildungsausgaben betragen jährlich etwa 300 Millionen Dollar. Das sind weniger als ein halbes Prozent des Sozial- oder Militärbudgets. Allein für Forschung und Entwicklung von Waffen werden 20 Milliarden Dollar im Jahr ausgegeben. Und das, um uns gegen *die Möglichkeit* eines Angriffs von einem feindlichen Lande zu schützen. Jetzt aber sagt man uns, wir können es uns nicht leisten, auch nur 1 Prozent dieses Betrages auszugeben, um junge Menschen auszubilden, die Krankheiten bekämpfen sollen, gegen die Kreuzzüge erklärt worden sind, und von denen wir *mit Sicherheit* wissen, daß sie jährlich Millionen unserer Bürger töten.‘

Kornberg ist alles andere als ein politischer Kämpfer für Fortschritt. Er sagt kein Wort gegen die gewaltigen Rüstungsausgaben der USA.

Und wenn er von Kreuzzügen, die gegen Krankheiten erklärt worden sind, spricht, unterläßt er ganz bewußt den Hinweis, daß Präsident Nixon als Vorbereitung für die letzten Präsidentschaftswahlen einen solchen Kreuzzug gegen Krebs erklärt hatte, ohne daß bisher irgend etwas von einer Intensivierung der Krebsforschung in den USA zu spüren ist – die Wahl ist ja vorbei. Doch dieser politisch so vorsichtige oder ungebildete oder uninteressierte Mann hat ein Herz für die Menschen, ist ein echter Human-Mediziner und findet darum ganz wundervoll einprägsame Worte im Kampf gegen die den wissenschaftlichen, insbesondere den medizinischen, Forschungsbetrieb einengende ‚Konterrevolution‘ einer herrschenden Klasse, die lieber 20 Milliarden Dollar ausgibt, um möglicherweise Millionen ‚äußere Feinde‘ zu töten, als 300 Millionen Dollar, um Millionen von eigenen Bürgern vor dem sicheren Tode an mit Sicherheit zu erwartenden Krankheiten zu retten.

⁹ Ebenda, S. 807 f.

Schön ist auch der Abschluß des Artikels von Kornberg: ‚Amerikas Stärke liegt nicht in seinen Bergschätzen, in hydroelektrischer Energie oder in seiner Landwirtschaft. Sie besteht auch nicht in einer Anhäufung von riesigen Waffenarsenalen. [19] Amerikas Stärke liegt in den moralischen und intellektuellen Ressourcen des Volkes.‘

Schön ist dieser Abschluß – aber er ist nicht mehr als eine Interpretation. Das, was Kornberg nicht sieht, ist, daß es darauf ankommt, diese Ressourcen zu mobilisieren und einzusetzen im Kampf für den Fortschritt, auch also im Kampf gegen die wissenschaftliche Konterrevolution des Monopolkapitals.

Wissenschaftliche Konterrevolution im doppelten Sinne: einmal wird die Wissenschaft gegen die Interessen des Volkes eingesetzt mittels Konzentration eines großen Teiles der Wissenschaftler auf Rüstungsforschung – und sodann wird mit geradezu wissenschaftlicher Akribie die Förderung der Entwicklung der Wissenschaft auf Gebieten, die den Menschen von Nutzen sind, abgebaut und unterbunden. Schlüpfen früher noch Millionen Dollar auch für humane Zwecke ‚mit durch‘, so wird jetzt schärfer darauf geachtet, daß ‚strengste Sparsamkeit‘ solches verhütet.

Kein Wunder, daß die Lebenserwartung der Neugeborenen in den USA zurückgeht, daß der Mensch in den USA heute in früherem Alter stirbt als zuvor. Kombiniert man diese Tatsache mit einer anderen, daß nämlich schon keine einfache Reproduktion der Bevölkerung mehr stattfindet, daß auf eine lebende Mutter nur noch 0,95 Prozent einer künftigen Mutter geboren werden, dann erkennt man nur allzu deutlich die Perspektive eines Volkes unter den Lebensbedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus: es schrumpft auch zahlenmäßig zusammen!¹⁰

Weiter sei der Hintergrund, vor dem die folgenden Ausführungen zu sehen sind, auch durch die völlig einseitigen, jedoch einseitig realistischen Ausführungen eines westdeutschen Religionsphilosophen, der von der Pflicht des Wissenschaftlers zur Verantwortung für seine Arbeiten gegenüber der Gesellschaft überzeugt ist, gekennzeichnet: ‚Die Denkweise, die heute nicht nur die Wissenschaft, sondern die gesamte industrielle Gesellschaft und die Verwaltung unserer Welt beherrscht, betrachtet alles, was nicht objektiviert werden kann, als ungehörig, als anstößig, ja als indezent. Als 1945 in der Zeitschrift ‚Die Wandlung‘ ein ‚Wörterbuch des Unmenschen‘ erschien, das den Jargon des Nationalsozialismus demaskieren [20] sollte, konnte man sich noch der arglosen Hoffnung hingeben, es genüge, dieses Unkraut auszurotten, um die deutsche Sprache wieder in eine Sprache von Menschen zu verwandeln. Inzwischen kann uns die Sprachanalyse darüber belehren, daß es in unserer Gesellschaft keinen Winkel mehr gibt, dem nicht von der alles zerschneidenden Lauge einer ungreifbar sich verbreitenden Unmenschlichkeit durchdrungen würde. Nicht nur die Wissenschaft ist für die Menschlichkeit blind, auch Literatur, Musik und bildende Kunst vermögen dem gequälten Kreatur des Menschen im Menschen oft nur noch dadurch Ausdruck zu verleihen, daß sie in schrillen Dissonanzen oder mit dem Seziermesser der Analyse unseren stumpf gewordenen Nerven die Qualen und Verkrümmungen des Wesens in Erinnerung rufen, das einmal Mensch war und auf neue Menschheit hofft. Wir haben von der Menschlichkeit nicht nur kein Wissen; es fehlt uns auch die Sprache, in der wir, ohne zu lügen, noch aussprechen könnten, daß wir menschlich empfinden. Das Wort ‚vergasen‘ ist zu einem Modewort der Umgangssprache geworden. Man kann sich mit Adorno fragen, ob es nicht ein bloßer Schein ist, wenn wir uns einbilden, wir hätten als Menschen die Gaskammern, die Bomben und das Vernichtungswerk dem Terrorsysteme überlebt.‘¹¹

Schließlich gilt es noch einige Worte zur Stellung des Wissenschaftlers innerhalb der sozialen Struktur der modernen Gesellschaft des Kapitals zu sagen. Denn es ist offenbar, daß diese einen spezifischen Einfluß auf die Denkweise des Wissenschaftlers hat.

Des Wissenschaftlers? Kann man von einer ‚Einheit‘ der Wissenschaftler in der kapitalistischen Welt heute sprechen?

Ich glaube ja. Denn was im folgenden allgemein über die Intelligenz gesagt wird, gilt noch viel mehr für den noch beschränkteren Kreis der Wissenschaftler.¹²

¹⁰ ‚Die Weltbühne‘, 31. Juli 1973, Heft 31.

¹¹ G. Picht, Mut zur Utopie, München 1969, S. 149.

¹² Vgl. dazu auch J. Kuczynski Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5, Berlin 1966, S. 67.

Der höchstbezahlte Universitätsprofessor oder Forscher in einem Industrielaboratorium ebenso wie der Lateinlehrer des Gymnasiums einer Kleinstadt können vielfach nicht nur ihrer sozialen Herkunft nach gleich sein, sondern haben auch viele Jahre auf der Schule und auf der Universität gemeinsam verbracht. Ähnlich ist das Verhältnis des hochbezahlten Wirtschaftsjournalisten eines Börsenblattes und des Lokalreporters [21] einer kleinen Provinzzeitung, des mit dem Monopolkapital verbundenen Syndikus und des kleinen Advokaten einer Landstadt, des weltbekannten Schriftstellers, der von seinen Honoraren großbourgeois lebt, und des niemals erfolgreichen Dichters auf dem Lande. Sie alle eint vielfach nicht nur die soziale Herkunft – sondern auch ein nicht unbeachtliches Teil ihrem Jugend und ersten Schaffensjahre, die wiederum eine ganz verschiedene soziale Herkunft überdecken können. Dazu kommt die gerade bei der Intelligenz, insbesondere der gesellschaftswissenschaftlich, aber auch der naturwissenschaftlich tätigen, häufige Inkongruenz zwischen Einkommen und Ansehen unter den Fachgenossen, eine Inkongruenz, die sich auch auf die Lebensgestaltung und „außerfachlichen“ Interessen erstrecken kann: kleinbourgeois und großbourgeois. Es ist nicht uninteressant, daß das Gehalt des großen Physikers Fermi an der Universität Chicago etwa ein Viertel dessen betrug, was ein technologisch leitender Physiker bei der General Electric Co. erhielt.

Dazu kommen die ganz anderen Aufstiegsmöglichkeiten von einer Schicht zur anderen, die jedem Mitglied der Intelligenz in der kapitalistischen Gesellschaft offenstehen, das überdurchschnittlich begabt ist, überdurchschnittlich ehrgeizig, skrupellos und jederzeit bereit ist, sich an das Monopolkapital zu verkaufen. Dazu kommt – und das ist eine wichtige Parallelerscheinung zu dem soeben Festgestellten: ohne eine gewisse Begabung und gewisse Charaktereigenschaften, sei es auch nur die Kombination von gutem Stil und fester, unerschütterlicher Servilität dem Monopolkapital gegenüber, keine höhere Position innerhalb der Intelligenz – während jeder Trottel, dem als Sohn eines Monopolisten geboren wurde, sich vermittels dem Couponschere seines Vermögensverwalters als Mitglied der Monopolistenschicht halten kann.

Aus all diesen Gründen kann man die Intelligenz nicht wie die Angestellten scheiden in solche, die ihrer Lebens- und Denkweise nach zur Bourgeoisie gehören, und solche, die zur Kleinbourgeoisie gehören, die weder in der Ideologie noch in ihrem Einkommen Gemeinsames haben, weil die einen einkommensmäßig Bourgeois sind, vielfach über Produktionsmittel (Aktienbesitz usw.) und eine bourgeoise (oder gar speziell monopolistische) Ideologie verfügen, während die anderen einkommensmäßig dem Proletariat nahestehen und kleinbourgeois denken. Ein beachtlicher Teil der Intelligenz, der einkommensmäßig dem Proletariat nicht fernsteht, hat die Ideologie der Bourgeoisie seit seiner Kindheit in sich aufgenommen und fühlt sich ständig ihr verwandt, ein anderer beachtlicher Teil dieser Intelligenz lebt und denkt kleinbürgerlich, ganz gleich, was ihr Einkommen, wie ihre Position, und ein dritter, nicht unbeachtlicher Teil kann, genau wie es bei den „kleinen Angestellten“ der Fall ist, sich offen zur Ideologie der Arbeiterklasse bekennen, subjektiv ihr Verbündeter sein, mögen ihr Einkommen und ihre gesellschaftliche Position auch noch so hoch sein. In keiner gesellschaftlichen Tätigkeit ist die Beziehung zwischen Einkommen, Kapital und Ideologie so kompliziert, so locker wie in der der Intelligenz (und gerade auch der wissenschaftlichen Berufe).

Aus diesem Grunde teile ich auch voll die Ansicht der meisten französischen Marxisten, die im Gegensatz zu manchen anderen in diesem Punkte stehen, daß die Intelligenz (und auch spezifisch die Wissenschaftler) allgemein nicht zur Arbeiterklasse gehört. Selbst bei den in der Produktion stehenden Ingenieuren ist es schwierig, ihre Tätigkeit als Element des „Gesamtarbeiters“ und als Repräsentanten des Kapitals zu unterscheiden.¹³ Bei der überwältigenden Menge der Mitglieder der Intelligenz, insbesondere auch bei den Wissenschaftlern, gibt es solche Schwierigkeiten jedoch nicht. Diese „für Gehalt arbeitenden Schichten, die nicht zum Proletariat gehören, bilden (jedoch) heute für die Arbeiterbewegung Verbündete von fundamentaler objektiver Bedeutung“¹⁴. Und spezifisch auf die Wissenschaftler bezogen, bemerkt Metzger: „Wenn auch eine Vermischung von Wissenschaft und Produktion (also auch von Wissenschaftlern und Arbeitern – J. K.) unmöglich ist, wenn es auch darauf ankommt, sehr klar die Eigenart jedem dieser beiden Aktivitäten zu erkennen, so darf man

¹³ A. Casanova, C. Prévost, J. Metzger, *Les intellectuels et les luttes de classes*, Paris 1970, S. 34.

¹⁴ Ebenda, S. 37 f.

andererseits die dialektischen und komplexen Beziehungen, die sich zwischen ihnen entwickeln, nicht unterschätzen.“¹⁵

Wie eng diese dialektischen Beziehungen sind, ergibt sich schon daraus, daß Marx von der Produktivkraft Wissenschaft spricht. Wie fern sich aber in der Arbeitsweise, die ja durch die Arbeitsmittel ganz stark bestimmt wird, Wissenschaftler und Arbeiter sind, das zeigt allein schon die Art, wie dem [23] Wissenschaftler „gute Gedanken“, also seine besten Produkte, kommen. In einem treffend „Wissenschaftler bei der Arbeit“ betitelten Buche, in dem zahlreiche Wissenschaftler über sich berichten, heißt es: „Gute Ideen und Problemlösungen können unter den verschiedensten Umständen kommen: im Bad, im Familienkreis sitzend, beim Anhören einer Lektion, morgens beim Rasieren, beim Spaziergehen, auf dem Fahrrad, beim Segeln, mitten im Straßenverkehr, in der Untergrundbahn, etc. Die Arbeit des Wissenschaftlers ist also nicht an einen bestimmten Platz oder Umstand gebunden.“¹⁶ Auch in dieser Beziehung also ein grundlegender Unterschied zwischen Wissenschaftler und Arbeiter.

Niemals kann man unter den Bedingungen der Herrschaft des Kapitals die Intelligenz zur Arbeiterklasse rechnen, und besonders nicht die Wissenschaftler als Teil der Intelligenz.

Und doch verbinden Intelligenz, gerade auch die Wissenschaftler, und die Arbeiterklasse zahlreiche gemeinsame Interessen. Das Monopolkapital bedroht allgemein die Existenz aller Werktätigen. Das Monopolkapital bedroht alle Lebensbedingungen des Proletariats und viele Lebensbedingungen der Wissenschaftler.

So eng diese Verbindung unter der Herrschaft des Monopolkapitals aber auch geworden ist, es ist keine Verbindung zwischen Gleichen. Stets hat das Proletariat die Führung im Kampf gegen das Kapital, und jede „eigenständige Bewegung“ der Intelligenz – so erfolgreich sie in einer Universität, an einer Akademie oder anderen Arbeitsplätzen dem Intelligenz sein kann – ist allgemein-gesellschaftlich zum Scheitern verurteilt, ebenso wie der noch viel groteskere Anspruch auf Führung im Kampf um eine neue Gesellschaft.

[25]

¹⁵ Ebenda, S. 49.

¹⁶ Scientists at Work, Festschrift in honour of Herman Wold, ed. by T. Dalenius, G. Karlsson and St. Malmquist, Stockholm 1970, S. 14 f.

Erster Teil: Die vertauschte Eule der Minerva

1. Polanyis Gelehrtenrepublik

Michael Polanyis Artikel über die Gelehrtenrepublik¹⁷ in der ersten Nummer der „Minerva“ vom Herbst 1962 stellt wohl die extremste Formulierung einer Ideologie der gesellschaftlichen Rolle des Wissenschaftlers und des Funktionierens des Systems der Wissenschaften dar, die alle Jahrgänge dieser Zeitschrift beherrscht. Er ist zugleich in seiner Art originell und in seiner Form brillant. Viele Wissenschaftler haben als bürgerliche Ideologen seit seinem Erscheinen auf ihn Bezug genommen.

Wenn wir den Artikel soeben in seiner Art originell nannten, dann nicht, weil er eine neue Ideologie verkündet, sondern weil er eine alte Ideologie streng und logisch auf ein neues Gebiet anwendet.

Polanyi ist Physiker. Als junger Wissenschaftler war er ein vielseitig interessierter, aufgeschlossener Mensch. In der Zeit der Großen Wirtschaftskrise von 1929/32 lud er mich als Marxisten in sein Institut (Institut für Physikalische Chemie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft), um dort in einem Kreis von Kollegen über die Weltwirtschaftskrise zu sprechen. Besonderen Eindruck machte damals natürlich der Unterschied der Entwicklung in der Sowjetunion und in der Welt des Kapitals. Auch gab es spezielle Freuden theoretischer Polemik, insbesondere mit den Vertretern des extremen Liberalismus, die später in der Bundesrepublik mit ihren Nachgeburten wie Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard eine besondere Rolle als Verfechter der „freien Marktwirtschaft“ spielen sollten. Der hervorragendste unter diesen extremen Liberalisten war damals Ludwig von Mises, der in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre nicht müde wurde nachzuweisen, daß die planende Sowjetunion schon aus rein theoretischen ökonomischen Gründen zu-[26]sammenbrechen müsse, da ein System, in dem die Preise sich im Rahmen der Konkurrenz nicht frei bewegen, sondern geregelt würden, nicht funktionieren könne.¹⁸ Damals, in der Großen Weltwirtschaftskrise, waren Polanyi und ich uns einig in der Verurteilung der Lehre von Mises.

Der ideologische Nachfolger des von Mises wurde Friedrich August von Hayek, der in den dreißiger Jahren jeden „dirigistischen Staatseingriff“ in die Wirtschaft als Versklavung des Menschen ablehnte.¹⁹ In dieser Zeit hatte sich Polanyi bereits dem Standpunkt des extremen Liberalismus stark genähert.

Und jetzt, 1962, in der ersten Nummer der „Minerva“, vertrat er ihn für die „Republik der Wissenschaft“. Und zwar nicht im von Ferne übertragenen Sinne. Der erste Satz seines Artikels lautet vielmehr: „Meine Artikelüberschrift (The republic of science. Its political and economic theory) soll suggerieren, daß die Gemeinschaft der Wissenschaftler auf eine Art und Weise organisiert ist, die in manchem einer politischen Gemeinschaft ähnlich ist und die auf Grund ökonomischer Prinzipien funktioniert, die in gewisser Weise denen entsprechen, durch die die Produktion materieller Güter reguliert wird.“²⁰

Den Begriff der Gemeinschaft der Wissenschaftler erläutert Polanyi so: „Das erste, worüber man Klarheit schaffen muß, ist, daß Wissenschaftler, die ganz frei ihre eigene Problemwahl treffen und die den gewählten Problemen nur vom eigenen persönlichen Urteil bestimmt nachgehen, doch faktisch als Mitglieder einer eng verflochtenen Organisation zusammenarbeiten.“ Die Zusammenarbeit und das „Prinzip der Zusammenarbeit“ werden deutlich in „der Einstellung der Bemühungen eines jeden auf die bereits erzielten Resultate der anderen. Wir können das eine Koordination durch gegenseitige Abstimmung unabhängiger Initiativen nennen – von Initiativen, die koordiniert sind, weil jede alle anderen innerhalb ‚des gleichen Systems wirkenden Initiativen mitberücksichtigt.“²¹

Weiter: „Solch spontane Koordination unabhängiger Initiativen führt zu einem gemeinsamen Resultat, das von denen, die es herbeiführen, nicht vorausgesehen und geplant ist.“²²

¹⁷ M. Polanyi, The republic of science. Its political and economic theory, „Minerva“, Vol. I., No. 1, London 1962, S. 54-73.

¹⁸ Vgl. vor allem L. von Mises, Liberalismus, Jena 1927, und Kritik des Interventionismus, Jena 1929.

¹⁹ Vgl. vor allem Fr. A. von Hayek, Preise und Produktion, Wien 1931; Collectivist economic planning, London 1935, und Freedom and the economic system, Chicago 1939.

²⁰ M. Polanyi, a. a. O., S. 54.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda, S. 55.

Dagegen würde jede bewußte Organisation und Planung „unter einer einzigen Autorität die unabhängigen Initiativen eliminieren und so ihre vereinte Effektivität auf die der ein-[27]zelnen Person reduzieren, die sie von der Zentrale dirigiert. Sie würde ihre Zusammenarbeit praktisch paralysieren ... jede Autorität, die die Arbeit des Wissenschaftlers zentral dirigieren würde, würde den Fortschritt der Wissenschaft faktisch zum Stillstand bringen.“²³

Und nun die wirklich originelle, wenn auch naheliegende Parallele, die zugleich den Wahnsinn der Methode enthüllt:

„Was ich hier über die größtmögliche Koordination individueller wissenschaftlicher Bemühungen mittels eines Prozesses spontaner Koordination gesagt habe, wird vielleicht erinnern an die spontane Koordination von Produzenten und Konsumenten auf dem Markt. Genau das hatte ich im Sinne, wenn ich von einer ‚unsichtbaren Hand‘ sprach, die die Koordination unabhängiger Initiativen zu einem maximalen Fortschritt der Wissenschaft führt – genau wie Adam Smith von der ‚unsichtbaren Hand‘ sprach, um die Erzielung der größten allgemeinen materiellen Befriedigung zu erklären, wenn unabhängige Produzenten und Konsumenten durch die Preise von Waren auf einem Markt gelenkt werden. Ich möchte in der Tat den Gedanken anregen, daß die koordinierenden Funktionen des Marktes nur ein Spezialfall der Koordination durch gegenseitige Angleichung sind. Im Falle der Wissenschaft findet die Angleichung durch Anerkennung der veröffentlichten Erkenntnisse anderer Wissenschaftler statt, während auf dem Markte gegenseitige Angleichung herbeigeführt wird durch ein System von Preisen, die laufende Tauschverhältnisse, welche das Angebot der Nachfrage anpassen, anzeigen.“²⁴

Und noch näher bringt Polanyi Ökonomie und Wissenschaft als Systeme zueinander: „In einem weiteren Sinne haben die Entscheidungen eines Wissenschaftlers, der ein bestimmtes Problem zur Untersuchung auswählt und es unter Ausschluß anderer verfolgt, wirklich einen ökonomischen Charakter. Denn seine Entscheidungen sollten das möglichst größte Resultat mit einem beschränkten Vorrat an intellektuellen und materiellen Ressourcen bringen ... Der Psychologe K. Lewin hat beobachtet, daß niemand sich ganz an eine Aufgabe hingibt, die viel zu schwer oder viel zu leicht für ihn ist.“²⁵

Wir beobachten hier in der Tat das gleiche ideologische Phänomen wie im Falle der „Freien Marktwirtschaft“ von Mises bis Erhard. Sie wird verbreitet in einer Zeit, in der der staats-[28]monopolistische Kapitalismus, also die zentral dirigierende überaus „sichtbare Hand“ der Monopole herrscht – aber sie wird nicht verbreitet als erstrebenswertes Ziel, sondern als „glückliche Gegebenheit“, als Realität der Gegenwart. Als Beweis für ihre Realität werden die Konkurrenz und der Markt genannt, ohne zu erwähnen, daß diese nicht mehr den freien Charakter des 19. Jahrhunderts tragen, sondern als Konkurrenz der Monopole und als monopolbeherrschender Markt in Erscheinung treten.

Genauso spricht Polanyi von der freien Betätigung individuell über ihr Forschungsthema entscheidender Wissenschaftler – während faktisch Forschungsthema und materielle Ressourcen von den Monopolen manipuliert bzw. diktiert werden.

Das ist der eine Grundfehler in der Gedankenfolge Polanyis. Der andere besteht in folgendem:

Das heute gar nicht mehr bestehende System der freien Konkurrenz von Adam Smith und Ricardo mußte ja schließlich, wie die Weltgeschichte bewiesen hat und wie Marx und Engels auch theoretisch aufgezeigt haben, in seinen Zielen scheitern – sowohl in dem Ziel der ununterbrochenen Akkumulation bei ständig steigenden Profiten und (bei Ricardo: oder) Renten als auch in der unter den gegebenen Verhältnissen bestmöglichen Gestaltung der Lage der Menschheit.

Für Polanyi ist es aber genau dieses System, das nach seinem Scheitern, angewandt auf die Wissenschaft, das bestmögliche, ja weitergehend, überhaupt das beste Resultat bringt. Indem Polanyi die Systemtheorie des Funktionierens der Wirtschaft auf die Wissenschaft überträgt, macht er zugleich auch die theoretische Haltlosigkeit seiner Wissenschaftstheorie offenbar – oder zeigt zumindest die Unmöglichkeit einer Parallele zwischen dem System der Wirtschaft und dem der Wissenschaft als individueller Produktion auf, die von einer „unsichtbaren Hand“ koordinierend gelenkt wird.

²³ Ebenda, S. 56.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Ebenda, S. 56 f.

Das heißt, die wirkliche Originalität Polanyis in dieser Parallelezeichnung bedeutet zugleich die Enthüllung der Unsinnigkeit seiner Theorie der „Koordination durch gegenseitige Angleichung“.

Nur natürlich ist es, daß Polanyi von seinem ideologischen Standpunkt aus genau wie in der Wirtschaft so auch in der Wissenschaft jede Planung ablehnt. Allerdings begeht er bei [29] dieser Ablehnung einen in seiner Primitivität aus dem Rahmen fallenden Fehler, indem er Planung, wie zitiert, mit „einer einzelnen Person, die von der Zentrale dirigiert“ charakterisiert, was einfach blöd ist. Auch das ist interessant: Wenn Leute wie Polanyi das System der freien Marktwirtschaft auf die Wissenschaft anwenden wollen und dabei als Vertreter des „spontan koordinierten Individualismus“ auftreten, dann argumentieren sie falsch, aber nicht notwendigerweise unsinnig und unlogisch. Wenn Sie aber offen oder verdeckt, direkt oder indirekt gegen das sozialistische System der Planung in Wirtschaft und Wissenschaft auftreten, verlieren sie alles Niveau und stottern inkohärentes Zeug.

In diesem Zusammenhang sind auch eine Reihe von Äußerungen Polanyis über den Sinn der Wissenschaft, ihr Ziel und ihren Zweck von Interesse. Er stellt fest:

„Während der letzten 20 bis 30 Jahre gab es viele Anregungen und auch Druck wurde in der Richtung ausgeübt, den Fortschritt der wissenschaftlichen Forschung in die Richtung des öffentlichen Wohles zu lenken ... Berichte aus Sowjetrußland, die die erfolgreiche Durchführung wissenschaftlicher Forschung nach von der Akademie der Wissenschaften aufgestellten Plänen mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Fünfjahrplan zu fördern, beschrieben, ermutigten diese Einstellung. Ich habe durchaus hochschätzendes Verständnis für die generösen Gefühle, die dem Wunsch, den Fortschritt der Wissenschaft in sozial nützliche Kanäle zu lenken, zugrunde liegen, aber ich halte dieses Ziel für unmöglich und unsinnig.“²⁶

Warum?

„Jeder Versuch, wissenschaftliche Forschung zu einem anderen als ihrem eigentlichen Ziele (der Selbstentwicklung der Wissenschaft – J. K.) zu lenken, ist ein Versuch, sie von der Förderung der Wissenschaft abzulenken. Natürlich können Notstände auftauchen, in denen alle Wissenschaftler gern ihre Fähigkeiten Aufgaben von öffentlichem Interesse zuwenden. Es ist auch denkbar, daß es dazu kommt, daß wir den Fortschritt der Wissenschaft für eine schreckliche Sache halten und alle wissenschaftliche Forschung abstoppen oder zumindest ganze Zweige, wie in der Sowjetunion die genetische Forschung fünfzehn Jahre hindurch angehalten wurde. Man kann den Fort-[30]schritt der Wissenschaft töten oder verstümmeln, aber man kann ihn nicht formen. Denn die Wissenschaft kann nur mit im Grunde unvoraussagbaren Schritten voranschreiten, sich ganz eigenen Problemen widmend, und die praktischen Vorteile solchen Fortschritts werden zufällig und darum doppelt unvoraussagbar sein.“²⁷

Nur die Wissenschaftler selbst, als Gelehrtenrepublik, können der Wissenschaft durch ihr Urteil über die Resultate wissenschaftlicher Forschungen als wissenschaftsfördernd oder nicht gewissermaßen den Weg anzeigen, sie lenken. Darum ganz klar und deutlich: „Der Boden akademischer Wissenschaft muß exterritorial sein, um ihre Kontrolle durch wissenschaftliche Meinungsbildung zu sichern.“²⁸

Also: Polanyi ist gegen jede soziale Verpflichtung des Wissenschaftlers, weil sie sein Arbeitsgebiet einengen und damit den Fortschritt der Wissenschaft hemmen würde. Er ist auch gegen jede Beurteilung wissenschaftlicher Resultate von einem anderen als einem wissenschaftlichen Standpunkt, da der einzige Wert, der der Beurteilung zugrunde gelegt werden darf, wenn die Wissenschaft vorwärts kommen soll, eben der Fortschritt der Wissenschaft sei und darüber nur Wissenschaftler urteilen können. Darum die Forderung der Exterritorialität des Gebietes der Wissenschaft und die Erhebung der Wissenschaftler zu einer Art von Elite.

Bevor wir uns nun, man muß es klar aussprechen, mit dem Anti-Humanismus dieser Theorie auseinandersetzen, ist es notwendig, kurz auf die Elemente in ihr einzugehen, die richtig sind und in deren

²⁶ Ebenda, S. 61 f.

²⁷ Ebenda, S. 62.

²⁸ Ebenda, S. 67.

Beurteilung es gefährlich wäre, Fehler zu machen, weil man sonst durch Fehlurteile unsererseits den Theorien von Polanyi und seiner Gesinnungsgenossen Auftrieb geben könnte.

Richtig ist zum Beispiel, daß im allgemeinen nur Wissenschaftler beurteilen können, ob eine wissenschaftliche Erkenntnis der Realität entspricht. Wenn wir sagen, daß nur die Praxis die Richtigkeit einer gesellschaftlichen Erkenntnis beweisen kann, dann heißt das keineswegs, daß „die Praktiker“ aus der Realität die Wahrheit nur abzulesen brauchen, um die Richtigkeit oder Falschheit einer Erkenntnis zu beweisen. Es gibt reichlich genug Fälle, in denen nur die Wissenschaftler in der Lage sind, die Praxis zu interpretieren. Immer soll man sich [31] auch erinnern, daß es „die Praxis“ war, die dem Nichtwissenschaftler „bewies“, daß sich die Sonne um die Erde dreht.

Richtig ist zum Beispiel auch, daß die Grundlagenforschung sich in ihrem Fortgang oft nicht planen läßt, da gute Gedanken, da qualitative Sprünge im Fortschritt der Grundlagenforschung sich nicht planen lassen.

Richtig ist darum auch, daß man vielfach keine direkte Verbindung zwischen Grundlagenforschung und gesellschaftlichem Nutzen in Rechnungseinheiten herstellen kann.

Richtig ist auch, daß es angewandte Forschung gibt, deren „soziale Nützlichkeit“, wenn überhaupt vorhanden, sehr gering ist, die aber durchaus wissenschaftliches und darum auch gesellschaftliches Interesse beanspruchen darf – seien es Erkenntnisse über die Entwicklung der Einbalsamierungskunst im Laufe von Jahrtausenden in Ägypten oder über die Konstruktion der Apparate eines „Perpetuum Mobile“ im 17. Jahrhundert.

So offenbar es also ist, daß nur Wissenschaftler entscheiden können, ob eine Erkenntnis wissenschaftlich richtig ist, so sollte es ebenso offenbar sein, daß nur die Gesellschaft darüber entscheiden kann, ob die Resultate einer wissenschaftlichen Erkenntnis und ihre Umsetzung in die Praxis unmittelbaren und ihr ausreichend dünkenden Nutzen für die Gesellschaft haben – und das gleiche gilt natürlich für die Forschung, die der wissenschaftlichen Erkenntnis vorausgeht, für den Fall, daß die Wissenschaftler in der Lage sind, das Resultat der Forschung positiv oder negativ vorauszusehen, also ihr Ziel anzugehen. In der Tat entscheidet auch faktisch die Gesellschaft bewußt oder unbewußt, als Ganzes oder in Form einer Klasse durch ihre Praxis zumeist für oder gegen eine bestimmte Forschung. Schon Marx und Engels haben darauf hingewiesen, daß die Wissenschaft in ihrer Forschungsrichtung zumeist von der Praxis bestimmt wird. Wenn wir mit Recht sagen, daß die Wissenschaft mehr und mehr zu einer Produktivkraft wird, so gibt diese marxistische Formulierung nicht das Recht zur Konstruktion einer idealistischen Kettenreaktion, ausgehend von der Wissenschaft über die Technik zur Produktion.

Die Kette setzt sich vielmehr so zusammen: Produktion (– Technik) – Wissenschaft – Technik – Produktion. Würden gesellschaftliche Faktoren, wie vor allem die Produktion in Landwirtschaft und Industrie, der Verkehr usw., durch das [32] Stellen von Forderungen an die Wissenschaft keinen Einfluß auf den Verlauf der wissenschaftlichen Forschung, ihr Schwergewicht und ihre Richtung haben, dann würde die Wissenschaft, nach einem kurzen Auslauf, zu dem sie ihre „eigene Logik“ befähigt, zum Stillstand kommen.

Die Frage steht also nur: Soll die Gesellschaft die Entwicklung der Wissenschaft bewußt, planmäßig oder unbewußt, anarchisch bestimmen? – und da erscheint natürlich die bewußte, planmäßige Bestimmung die vernünftigere.

Mit dieser Frage hängt ja auch die Problematik des letzten Zwecks und Sinnes der Wissenschaft zusammen. Polanyi sieht sie ganz einfach in der Weiterentwicklung der Wissenschaft, in dem Finden immer neuer Erkenntnisse, immer neuer Wahrheiten. Nur in Zeiten des Notstandes, gibt er zu, hat die Wissenschaft zeitweilig einen anderen Sinn, und die Wissenschaftler sind dann willig, sich dem öffentlichen Wohl zu widmen, um als Wissenschaftler durch ihre wissenschaftliche Forschung dem Notstand abzuhelpen. Faktisch ist nun ganz unbestreitbar, daß, wenn man Wissenschaftler, die oft ganz aufgeregt und begeistert der Erkenntnis einer neuen Wahrheit zusteuern, fragt, warum sie das tun, sie, ganz gleich, ob Marxisten, ob Sozialisten in einem sozialistischen Lande, oder Bürgerliche, Christen, Ungläubige in einem kapitalistischen Lande, von einer persönlichen Erkennerefreude sprechen werden, die sie dann sozial umhüllen – aber echt und überzeugt und auch oft berechtigt –, mit der weiteren

Feststellung des gesellschaftlichen Nutzens oder auch dem gesellschaftlichen Auftrag ihrer Forschung. Sie konstruieren, ob berechtigt oder nicht, eine Identität ihres Strebens nach Wahrheit und des gesellschaftlichen Nutzens der Wahrheit.

Nun ist zwar jede Wahrheit irgendwie oder irgendwann von gesellschaftlichem Nutzen. Aber nicht jede wissenschaftliche Wahrheit hat zu jeder Zeit gesellschaftlichen Nutzen, und keine hat den gleichen Nutzen wie eine andere. Das heißt, wir brauchen nicht die Gesellschaft, um über den Nutzen oder Nichtnutzen einer Erkenntnis „an sich“ zu urteilen; das tun die Wissenschaftler, indem sie eine Erkenntnis als wissenschaftlich neu und damit die Wissenschaft fördernd oder nicht einschätzen. Die Gesellschaft aber muß über die Größe des Nutzens und den Einsatz des Nutzens heute oder später entscheiden.

[33] Unter diesen Umständen, die er weder klar sieht noch klar macht, meint Polanyi, daß der Wissenschaftler sich nicht um den gesellschaftlichen Nutzen der Forschung zu kümmern habe – und nur in Notzeiten habe er für den unmittelbaren Nutzen der wissenschaftlichen Forschung Sorge zu tragen.

Dagegen sind zwei entscheidende Argumente vorzubringen. Erstens verlangt Polanyi unbilligerweise von den Nichtwissenschaftlern, also der überwältigenden Masse der Menschen, eine finanzielle Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung, ohne daß sie das Recht haben, für diese Unterstützung irgendein Äquivalent von unmittelbarem Nutzen zu erhalten.

Zweitens gibt Polanyi keine Definition von Notzeiten, aber es ist offenbar, daß er unter Notzeiten etwa den zweiten Weltkrieg versteht, in dem die englischen Wissenschaftler „willig für das öffentliche Wohl“ mit ganz konkreten Zielen auf von außerhalb der Wissenschaft situierten Mächten genau bestimmten Gebieten arbeiteten.

Frage an Polanyi: Hat die Menschheit seit Beginn ihrer Geschichte überhaupt in anderen Zeiten als Notzeiten gelebt?

Und leben heute nicht mehr Menschen in Not als je in der ganzen Geschichte der Menschheit! Zeigt sich nicht gerade in dieser Blindheit der Weltsituation der Menschheit gegenüber die ganze Gefährlichkeit der Theorie der exterritorialen Gelehrtenrepublik Polanyis!

Polanyi hat recht – kein Politiker, kein Parteiführer, kein Businessman kann darüber entscheiden, ob die Atombombe, die Pille oder das Überschallflugzeug wissenschaftlich einwandfrei hergestellt werden können oder nicht – es sei denn, sie seien zugleich auch Wissenschaftler. Aber die Entscheidung darüber, ob es gesellschaftlich sinnvoll ist, in dieser Richtung zu forschen und große gesellschaftliche Kräfte intellektuellen oder materiellen Charakters für solche Forschung zu verwenden, darf unter keinen Umständen bei den Wissenschaftlern liegen, sondern muß liegen und hat im großen und ganzen auch immer gelegen bei gesellschaftlichen Kräften, sei es bei Politikern als Vertretern von Klassen und Schichten, sei es, daß unpersonalisierter gesellschaftlicher Druck die Wissenschaftler in diese oder jene Forschungsrichtung lenkte.

[34] Ja, die Entscheidung darf eben bei den Wissenschaftlern als solchen nicht liegen, weil gerade bei den besten von ihnen das allgemeine Streben nach neuen Wahrheiten immer wieder andere, wichtigere Wertungen überdeckt. Kein echter Wissenschaftler, ganz gleich, was seine Weltanschauung, wird als Wissenschaftler bei der Wahl, eine große oder kleine Wahrheit mit Erfolg zu suchen, die Suche nach der kleineren Wahrheit wählen – mag die kleinere auch für die Gegenwart weit wichtiger sein und dringlicher gebraucht werden. Nur die Gesellschaft (einschließlich des Wissenschaftlers, soweit er fähig ist, seinen wissenschaftlichen Trieb nach Suche neuer Wahrheiten gesellschaftlichen Überlegungen unterzuordnen) ist in der Lage, hier eine den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende richtige Entscheidung zu treffen.

Die Politökonomien der freien Konkurrenz hatten einst die Philosophie entwickelt, daß ihr System der Ökonomie das bestmögliche sei, weil es gerade dadurch funktioniere, weil es sich gerade dadurch immer weiter entwickle, daß die Menschen ihren egoistischen Trieben folgten – Konkurrenz des sacro egoismo, des heiligen Egoismus. Wir Marxisten haben eine bessere Übersetzung von sacro egoismo, wir sprechen den Egoismus nicht heilig, sondern nennen das bewegende und regelnde

Element des Systems der Konkurrenz das „Wolfsgesetz des Kapitalismus“. Denn wir sehen ganz klar, daß die Menschen unter diesem System in schlimmstem Notstand leben.

Genau dieses System des sacro egoismo predigt Polanyi für die Entwicklung der Wissenschaft. Indem sich die Wissenschaftler rücksichtslos, ohne andere Wertungen, der Erkenntnis, der Suche nach Wahrheiten widmen, erfüllen sie nach Polanyi ihre Aufgabe in dieser Welt. Daß die Menschheit in ihrer Not diese Wahrheit mehr braucht als jene, daß das Wohl der Menschheit ein übergeordneter Wert ist, der über die Suche nach Wahrheiten in dieser oder in jener Richtung entscheiden muß, das erkennt Polanyi nicht an. Keine „fremde Wertung“ darf in das exterritoriale Gebiet der Wissenschaft eindringen. Aus dem Elfenbeinturm ist so ein Elfenbeinterritorium geworden!

Einst, lange Zeit nach der Vollendung des Kommunismus, in seiner vierten oder vierhundertsten Periode mag es vielleicht so sein, daß es nicht mehr notwendig ist, die Wahrheiten, die [35] Erkenntnisse, die wir suchen, nach ihrer gesellschaftlichen Bedeutung für die jeweilige Gegenwart zu unterscheiden und zu messen, weil die Menschheit reich genug ist, zu sagen: Wir können uns die Suche nach jeder Wahrheit leisten, ob sie von gesellschaftlichem Wert heute oder erst in der übernächsten Generation oder erst in tausend Jahren ist.

Aber heute, wo Hunderte von Millionen Menschen noch hungern und ungenügend gekleidet sind und ungesund wohnen, heute, wo wir in einem Weltklassenkampf mit dem Kapitalismus stehen, heute, wo die Menschheit noch im Notstand lebt, heute müssen wir präzise gesellschaftliche Maßstäbe an die wissenschaftliche Entwicklung legen, sorgfältig mit unseren geistigen und materiellen Ressourcen umgehen und sie so einsetzen, daß sie in Kopf und Hand der Wissenschaftler zum Nutzen der Menschheit in dieser Generation dienen, das Wohl der Menschen heute fördern.

Wie aber, kann man letztlich noch fragen, steht es mit der Tatsache, daß wir – im Gegensatz zur materiellen Produktion – die Grundlagenforschung nicht durchgehend planen können, daß gute Gedanken oft ungeplant kommen und gehen, daß sich der gesellschaftliche Nutzen der Grundlagenforschung zumindest ökonomisch oft nicht messen und vor allem nicht voraussagen läßt? Oder ist einiges an diesen Behauptungen nur halbbrichtig und anderes unklar formuliert?

Zunächst ist einmal festzustellen, daß die Grundlagenforschung zumeist von den Anforderungen der Praxis her bestimmt wird. Die angewandte Forschung wird mit bestimmten Problemen, die ihr die Praxis stellt, nicht fertig, und die Praxis verlangt daher nach „prinzipiellem Nachdenken“, nach Grundlagenforschung.

Darum liegen auch, wie die Geschichte bewiesen hat, die Lösungen zahlreicher Probleme der Grundlagenforschung „in der Luft“ der Zeit; und wenn der eine Wissenschaftler keine Lösung findet, wenn ihm der „gute Gedanke“ nicht kommt, dann wird einem anderen Wissenschaftler das „Glück der Lösung“ zuteil. Das heißt, auch wenn es oft nicht möglich ist, die Lösung von Problemen der Grundlagenforschung für ein bestimmtes Jahr zu planen – wie es bei der Erreichung eines materiellen Produktionszieles gelingt –, so kann man einen [36] Großteil der Grundlagenforschung doch in ihrer Richtung planen und auch ziemlich sicher sein, daß in absehbarer Zeit von diesem oder jenem Wissenschaftler, in diesem oder jenem Kollektiv eine Lösung gefunden wird. Das sind historisch erwiesene Tatsachen.

Aber, wird man bemerken, wissenschaftliche Erkenntnisse wurden bei der Grundlagenforschung auch gefunden, ohne daß man nach ihnen gesucht hat, gewissermaßen als „Nebenprodukte“ auf ganz andere Ziele gerichteter Forschung – und diese „Nebenprodukte“ waren bisweilen von viel größerer wissenschaftlicher und auch allgemein gesellschaftlicher Bedeutung als die bewußt und planmäßig gesuchten Lösungen. Das ist zweifellos richtig. Es ist nicht charakteristisch für die Grundlagenforschung, aber es geschieht doch oft genug, um manche Wissenschaftler, insbesondere bürgerliche Wissenschaftstheoretiker, darunter natürlich auch Polanyi, zu veranlassen, von der gesamten Grundlagenforschung als einem gewissermaßen dem Zufall und daher keiner Voraussage und Planung zugänglichen Gebiet zu sprechen.

Dazu aber liegt nicht die mindeste Veranlassung vor. Genau sowenig, wie wir sagen sollten, jede Ehe sei ein reines Zufallsprodukt, weil es heute für jeden Ehepartner etwa 200 Millionen mögliche

Varianten gibt, von denen er höchstens 0,001 Prozent ein wenig näher zu Gesicht bekommt, dürfen wir auch den Zufallscharakter nicht weniger wissenschaftlicher Erkenntnisse bei der Verfolgung der Grundlagenforschung zum Charakteristikum der Grundlagenforschung machen. Der überwältigende Teil der Grundlagenforschung bringt geplante Resultate – wobei die Planung jedoch nicht in der Lage ist, einen Termin zu planen, an dem die Lösung zu finden ist. Daraus aber, wie es Polanyi tut, die Unplanbarkeit der wissenschaftlichen Arbeit und die Unvoraussehbarkeit ihrer Resultate überhaupt abzuleiten, ist grundfalsch.

2. Die Akademische Freiheit

Wir sprachen von dem sacro egoismo als dem Prinzip der Politischen Ökonomie der jungen Bourgeoisie, die so glücklich darüber war, daß wirtschaftlicher Egoismus zum Wohlstand [37] durch Wachstum der Wirtschaft führe. Freiheit dem Wirtschaftsegoismus! war als Losung möglich, weil diese Losung im Grunde identisch schien mit der Losung: Wohlstand der Menschheit!

Ohne daß das in der Literatur bisher beachtet und begründet ist, können wir hier doch wohl mit Sicherheit sagen, daß, bewußt oder unbewußt, dieses Prinzip des sacro egoismo auch in die Bildungslehre jener Zeit Eingang gefunden hat, insbesondere, wenn Wilhelm von Humboldt an den höheren Bildungsstätten jener Zeit Lehr- und Lernfreiheit forderte.

Nichts könnte uns ferner liegen, als mit dieser Feststellung etwa die Humboldtschen Bildungsprinzipien oder seinen Humanismus herabsetzen zu wollen – genausowenig, wie wir das je mit den Lehren der Großen der bürgerlichen Politischen Ökonomie, etwa mit Adam Smith oder David Ricardo, getan haben, wenn wir feststellten, daß ihr ökonomisches System-Modell nur funktioniert, wie sie es ja auch selbst erklärt haben, wenn und gerade dadurch, daß jeder einzelne ökonomisch Handelnde von egoistischen Zielen getrieben wird.

Die Feststellung, daß die Sucht nach steigenden Profit das bewegende Motiv des Kapitalismus ist, hat Marx und Engels niemals daran gehindert, den gewaltigen Fortschritt, den das kapitalistische System gegenüber allen anderen vorangehenden darstellt, zu sehen. Ja, zu den großartigsten und eindringlichsten Passagen des „Kommunistischen Manifestes“ gehören die den historischen Leistungen der Bourgeoisie gewidmeten

Und man könnte nur wünschen, daß wir Marxisten in Bälde auch eine ähnliche Schilderung des Bildungssystems der jungen Bourgeoisie geben – wobei in dieser Schilderung das Bildungssystem Wilhelm von Humboldts einen Ehrenplatz einnehmen wird.

Aber natürlich ist es eines, wenn die junge Bourgeoisie, die die an Produktivkräften bis dahin reichste Gesellschaft und zugleich damit die Voraussetzungen der sozialistischen Gesellschaft geschaffen hat, eine solche Bildungs-Ideologie entwickelt, und etwas grundlegend anderes, wenn eine untergehende, faulende, von Monopolen diktatorisch beherrschte Gesellschaft, wie der Kapitalismus heute, eine solche Philosophie entwickelt, entweder als zu erstrebendes Ideal oder gar als zu bewahrende bzw. wiederherzustellende Tatsache und Tradition: Akademi-[38]sche Freiheit, das heißt Lehr- und Lernfreiheit an den höheren Bildungsstätten der Nation.

Der eifrigste Vorkämpfer für solche Art von Freiheit in der „Minerva“ ist Sir Eric Ashby, Rektor (Master) von Clare College, Cambridge, ursprünglich Australier und als solcher auch zeitweise Chargé d'affaires* in der australischen Gesandtschaft in Moskau, stark beteiligt an der Planung von Aufbau und Gestaltung afrikanischer Universitäten, heute führend in der Diskussion von wissenschaftspolitischen Problemen in England.

Wir beginnen die Darstellung seines Standpunktes auf Grund eines Artikels, den er in Zusammenarbeit mit der Historikerin Mary Anderson im Band IV, in der Frühjahrsnummer 1966, der „Minerva“ unter dem Titel „Autonomie und Akademische Freiheit in Großbritannien und in englisch sprechenden Ländern des tropischen Afrika“ schrieb.²⁹

* Geschäftsträger, Chef einer diplomatischen Mission oder dessen Vertreter

²⁹ E. Ashby and M. Anderson, *Autonomy and academic freedom in Britain and in English-speaking countries of tropical Africa*, „Minerva“, Vol. IV, Number 3, London, Spring 1966, S. 3-17.

Von einer Bemerkung Polanyis, daß das Klima akademischer Freiheit die wirkungsvollste Atmosphäre für die Forschung sei, ausgehend, stellt Ashby fest (wir sprechen im folgenden nur von Ashby, da einmal die folgenden Gedankengänge sich in zahlreichen anderen Artikeln, die nur von ihm gezeichnet sind, wiederfinden, und sodann, da wir nicht auf die historischen von Mary Anderson verfaßten Teile des Artikels eingehen):

„Die Idee, daß Gelehrte an Universitäten frei sein sollten zu lehren und zu lernen, was und wie sie es wünschen, geht bis in das Mittelalter zurück, doch der Brauch, dies Privileg unter allgemeiner Zustimmung der Gesellschaft zu garantieren, datiert erst vom 19. Jahrhundert. Sie wurde in Deutschland formuliert.“³⁰

Nachdem er dann erklärt hat, daß nicht wirklich volle Lehrfreiheit an den deutschen Universitäten geherrscht hätte – es durfte zum Beispiel im 19. Jahrhundert kein Professor gegen den Staat lehren, etwa dessen Umwandlung fordern –, fährt Ashby fort: „Der Begriff der Lehrfreiheit wurde in den englischsprachigen Ländern übernommen und bedeutend ausgeweitet. In Großbritannien und den Vereinigten Staaten würde es als eine unberechtigte Beschränkung der Lehrfreiheit angesehen werden, wenn eine Universität irgendwie die Äuße-[39]rungen irgendein(es) Mitgliedes ihres Lehrkörpers über irgendein Thema unter Zensur stellen würde, ganz gleich, ob dieses Thema zu seinem Fachgebiet gehört oder nicht, ob es religiöse oder politische Fragen betrifft, ob die Äußerungen innerhalb oder außerhalb der Universität gemacht worden sind.“³¹

Unter Lernfreiheit, von der er im folgenden viel weniger schreibt, versteht Ashby die „Freiheit, sich im Rahmen der“ an den Universitäten „gebotenen Möglichkeiten ein Forschungsgebiet auszusuchen.“³²

Lehrfreiheit und Lernfreiheit, das heißt die akademische Freiheit, seien in den englischsprachigen Ländern zwar nicht gesetzlich definiert, aber sie haben nach Ashby eine sehr präzise Bedeutung: „Sie würden verletzt werden, wenn irgendeine Autorität, innerhalb oder außerhalb der Universität, irgendeinem Mitglied der Universität verbieten würde, eine gewisse Richtung in der Lehre oder in seinen veröffentlichten Arbeiten zu verfolgen, und es wäre eine skandalöse Verletzung der akademischen Freiheit, wenn er entlassen werden würde; weil er sich weigert, entsprechend einem solchen Verbot zu handeln.“³³

Eng mit dieser Problematik hängt die Frage der Autonomie der wissenschaftlichen Institutionen, insbesondere der Universitäten, zusammen. Über das, was solche Autonomie beinhaltet, gibt es nach Ashby weitgehende Übereinstimmung. „Um Autonomie zu haben, muß eine Universität frei sein, ihre Studenten auszuwählen und ebenso ihren Lehrkörper, sowie festzulegen, unter welchen Bedingungen sie an der Universität bleiben können (hier allerdings rührt die Autonomie hart an die akademische Freiheit und kann sogar mit ihr in Konflikt geraten). Eine autonome Universität muß frei sein, ihre eigenen Maßstäbe zu setzen und zu entscheiden, wem sie einen akademischen Grad verleiht, selbst wenn, wie in Großbritannien, Universitäten von sich aus diese eigene Freiheit begrenzen, indem sie Prüfer von außerhalb zulassen. Eine autonome Universität muß frei sein, ihre eigenen Kurse zu gestalten, auch wenn die Praxis unter Umständen dieses Recht in gewisser Weise einschränkt, etwa durch Anforderungen professioneller Institutionen, die einen akademischen Grad als Berechtigung zur Praxis anerkennen, oder durch finanzielle Sanktionen, die von außerhalb auferlegt werden können, etwa um eine Universität daran zu hindern, eine medizinische Fakultät aufzubauen. Und schließlich – und [40] hier liegt die Wurzel des in Großbritannien fest verankerten Glaubens, daß das Parlament nicht die Abrechnungen der Universitäten inspizieren dürfte –, eine autonome Universität, die ihr Einkommen von staatlichen oder privaten Stellen erhalten hat, muß frei sein zu entscheiden, wie sie ihr Geld auf die verschiedenen Kategorien von Ausgaben verteilt. Es ist dieses letzte Element der Autonomie, das heute in größter Gefahr der allmählichen Zerstörung ist.“³⁴

³⁰ Ebenda, S. 318.

³¹ Ebenda.

³² Ebenda.

³³ Ebenda, S. 319.

³⁴ Ebenda, S. 323 f.

Nachdem Ashby auch afrikanische Universitäten hinsichtlich ihrer akademischen Freiheit untersucht hat, kommt er zu dem Schluß: „Es gibt nur ganz wenige Anzeichen dafür, daß die akademische Freiheit (Lehrfreiheit) in dem oben definierten ganz präzisen Sinne zu irgendeiner Zeit an irgendeiner Universität in den afrikanischen Commonwealth-Ländern eingeschränkt worden ist.“³⁵

Daher kann Ashby noch einmal diese Feststellung jetzt ganz allgemein treffen: „Akademische Freiheit ist ein einfaches Privilegium, das Universitätslehrern gegeben wird, um es ihnen zu ermöglichen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Sehr vieles spricht für die Behauptung, daß dieses Privileg nicht mit Gegend, Rasse, Politik oder Glauben variieren darf. Ein Land, in dem politische Doktrin oder Verpflichtung zu einem religiösen Glauben mit der akademischen Freiheit in Konflikt gerät, kann nicht freies Forschertum oder gute Universitäten haben.“³⁶ Nicht ganz so scharf ist Ashby in der Charakterisierung der Autonomie der Universitäten: „Im Gegensatz (zur akademischen Freiheit – J. K.) nimmt die Autonomie der Universitäten nicht immer und überall genau die gleiche Form an. Jede Nation braucht eine Art von Konkordat zwischen Staat und Universität, um die Autonomie der Universitäten sicherzustellen, und in jeder Nation wird das Konkordat wahrscheinlich etwas anders aussehen.“³⁷

Die Freiheiten, die Ashby hier für die Universitäten fordert, sind die der freien Konkurrenz in der Ökonomie des 19. Jahrhunderts: Genau wie jeder, der Kapital findet, eine Fabrik errichten und dort produzieren kann, was er will, so kann jeder, der die Erziehungsmittel hat, studieren, was er will, und wenn er genügend intellektuelles Kapital angesammelt hat, kann er Universitätslehrer werden und lehren, was er will. Es fehlen [41] nur noch die dem Zeitungsjungen, der sich zum Millionär heraufgearbeitet hat, entsprechenden Beispiele für die Intelligenz auf den Universitäten.

Daß man bei einer „natürlichen Auswahl“ von Studenten und Lehrern aus der herrschenden Klasse oder aus der ihr ergebenden Kleinbourgeoisie, soweit deren Kinder auf die Universitäten gehen, große Freiheit der Lehre und des Lernens geben kann, ist offenbar, denn es ergeben sich aus solcher Freiheit keine Gefahren für das System. Es ist die Freiheit der finanziell gesicherten Elite, sich innerhalb der Elite frei zu bewegen.

Daß unter solchen Umständen die Lehrer und Forscher an den Universitäten der herrschenden Klasse dienen, ist offenbar und braucht statutenmäßig oder gesetzlich eigentlich gar nicht festgelegt zu werden. Wo es doch geschieht, ist das im Grunde ein taktischer Fehler.

Wenn Universitätslehrer Vorlesungen halten, die zu speziell sind, um gesellschaftliche Bedeutung zu haben, dann sind das faux frais, winzige Unkosten, die sich lohnen, um das Image, den Schein der völligen Lehrfreiheit aufrecht zu erhalten. Wenn ein der Kirche unangenehmer Freigeist an den Universitäten wirkt oder jemand gar politisch „über die Stränge“ schlägt, dann sind das Einzelfälle – auch die christlichen Fürsten der Feudalzeit hatten „ihren Hofjuden“. So haben die Universitäten „ihren Narren“, „ihr Original“, „ihren Sonderling“.

Auf diesen klassenmäßigen philosophischen Grundlagen baute die (entgegen den Auffassungen von Ashby in der Feudalzeit niemals offen propagierte und auch niemals verbreitete) Theorie von der Lehr- und Lernfreiheit auf. Sie ist das Produkt des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, des Kapitalismus der freien Konkurrenz für die Bourgeoisie.

Für diese „akademische Freiheit“ und die ihr entsprechende „Autonomie der Universitäten“ tritt Ashby, tritt „Minerva“ in zahlreichen Artikeln auch heute ein.

So reaktionär und illusorisch und über die faktischen Verhältnisse in der heutigen monopolistischen Gesellschaft des Kapitals täuschend solche Auffassungen aber auch sind – so ungeschickt und unklug wäre es zu übersehen, daß Ashby und so manche andere nicht nur völlig ehrlich ihre Auffassung für fortschrittlich und human halten, sondern daß sie auch rück-[42]sichtslos für sie eintreten, selbst wenn sie in gar nicht wenigen Situationen dadurch mit den Kräften des Monopolkapitals, des Imperialismus, der Reaktion zusammenstoßen. Gerade weil diese Philosophie des liberalen Kapitals nicht in

³⁵ Ebenda, S. 344.

³⁶ Ebenda, S. 345.

³⁷ Ebenda.

die staatsmonopolkapitalistische Periode des Kapitals paßt, wirkt sie nicht nur als betrügerisches Aushängeschild, sondern bringt ihre Vertreter, soweit sie ehrlich, mutig und konsequent sind, auch bisweilen in Konflikt mit den herrschenden Mächten und macht sie in gar nicht wenigen Einzelfällen zu unseren Verbündeten. Dafür ein Beispiel.

Schon in der ersten Nummer der „Minerva“ hatte Ashby einen Beitrag, den Text einer Rede, die er in der südafrikanischen Universität von Witwatersrand am 4. April 1962 gehalten hatte.³⁸ Es handelte sich um die sogenannte Kanzler-Rede, die alle drei Jahre zur Erinnerung an eine Entschließung der Allgemeinen Versammlung der Universität vom 16. April 1959 gehalten wird. Diese Entschließung lautete:

„Wir sind heute hier versammelt, um im Namen der Universität von Witwatersrand zu versichern, daß es unsere Pflicht ist, dem Prinzip treu zu bleiben, daß eine Universität ein Platz ist, wo Männer und Frauen ohne Rücksicht auf Rasse und Farbe willkommen sind, sich gemeinsam der Aneignung und Förderung von Wissen zu widmen, und stetig treu dieses Ideal zu verteidigen gegen alle, die versucht haben, mit den Mitteln des Gesetzes die Autonomie der Universität einzuschränken. Daher treten wir mit allen unseren Kräften für die Erhaltung dieses Ideals und die Wiederherstellung der Autonomie unserer Universität ein.“

So im Südafrika der Apartheid!

So, dem Sinne nach, auch die Rede von Ashby im Südafrika der Apartheid!

Dabei ist es nicht verwunderlich, daß er versucht, eine ausführlichere Begründung für die Autonomie der Universität zu geben: Worin liegt die Berechtigung, daß eine gesellschaftliche Institution wie die Universität eine Autonomie fordern kann, die doch anderen Institutionen wie den südafrikanischen Eisenbahnen oder der Elektrizitätskommission Südafrikas nicht zusteht? „Haben wir das Recht, eine Art Gesetz für den Vorlesungsraum und eine andere Art für den Eisenbahnwagen zu fordern?“³⁹, fragt Ashby.

[43] Er führt zwei Argumente für die Berechtigung der Forderung der Autonomie der Universitäten an.

„Eines ist die juristische Art der Betrachtung. Sie beruht auf Tradition, Präzedenz und Statut. Seit mehr als sechs Jahrhunderten haben die Universitäten für sich das Recht in Anspruch genommen, von sich aus zu entscheiden, ‚wer lehren darf, was gelehrt werden soll, wie es gelehrt werden soll und wer gelehrt werden kann‘ (das ist die ausgezeichnete Zusammenfassung der vier akademischen Freiheiten, so wie sie der verstorbene J. B. Davie aus Cape Town, dessen Verteidigung dieser Freiheiten wir heute in Dankbarkeit gedenken, niedergeschrieben hat).“⁴⁰

Ashby hält diese juristische Betrachtung für wichtig, aber sie genügt ihm nicht. Er hat auch noch ein gewichtiges empirisches Argument:

„Finden wir wirklich, daß Universitäten, die gewisse Privilegien genießen, der Gesellschaft besser oder schlechter dienen als solche, die sie nicht genießen? Das ist eine Frage, die sich in der Praxis überprüfen läßt. Wenn wir sie überprüfen, dann erkennen wir, daß der einzigartige Status der Universitäten nicht einfach eine angenehme Tradition, sondern eine Notwendigkeit ist. Eine Nation, die die Universitäten ihrer Privilegien beraubt, zeigt bald Symptome langsamen intellektuellen und kulturellen Verfalls: so geschah es in Spanien ... Spanien ist heute intellektuell verarmt ... Da die deutschen Universitäten die Prostitution von Geschichtswissenschaft und Biologie für Nazi-Zwecke zuließen, wurde das Gewissen der deutschen Intellektuellen paralysiert; und das war eine der Ursachen für den Zusammenbruch Deutschlands.“

Dem Studenten zu verbieten, zu lernen, was und wo er will, oder dem Lehrer, zu lehren, was und wie er möchte, bedeutet eine Beschränkung für das gefährliche Unternehmen des Denkens, und eine Nation, in der das Denken rationiert ist, kann in der heutigen Welt einfach nicht überleben.“⁴¹

³⁸ E. Ashby, *Universities under siege*, „Minerva“, Vol. I, No. 1 London 1962, S. 18-29.

³⁹ Ebenda, S. 19.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Ebenda, S. 20 f.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der Kampf für Lehr- und Lernfreiheit und für die Autonomie der Universitäten, so wie sie im 19. Jahrhundert verstanden wurden, bei all seiner „Unsinnigkeit an sich“ in der Welt des Monopolkapitals, zum Beispiel in Südafrika, fortschrittlichen Charakter tragen kann. Liberale wie Ashby reihen sich hier im Lande der Apartheid mit der konsequenten Vertretung ihrer Auffassungen [44] in die Kampfreihen ein, in denen sich auch Kommunisten finden.

Dasselbe Phänomen beobachten wir, wenn immer wieder Berichte in der „Minerva“ über Diskriminierungen politischer Art, Entlassungen von Professoren oder Nichtanstellungen von Lehrkräften aus politischen Gründen zu finden sind. Natürlich dürfen die Vorlesungen nicht politisch sein – Wissenschaft und Politik seien, so wie es Max Weber verlangt hat, zu trennen. Aber außerhalb der Vorlesungen soll der Universitätslehrer die volle Freiheit politischer Äußerung und Betätigung haben.

Dieses Recht gelte für jede Art von politischer Betätigung, ob faschistisch oder „einfach reaktionär“, ob liberal oder kommunistisch. Wie unsinnig wieder „an sich“! Aber da nichts in der Realität „an sich“ ist, da faktisch politische Diskriminierungen gegen links und rechts sich wie 100 zu 1 verhalten, so wirkt sich die Philosophie Ashbys, was politische Diskriminierungen betrifft, zugunsten des Fortschritts aus.

Wir sehen, wie kompliziert die Einschätzung einer „an sich“ grundfalschen, auf dem Boden des liberalen Kapitalismus geborenen und unsinnigerweise in die Welt des Monopolkapitals verpflanzten Ideologie ist. Ganz am Anfang fortschrittlich im Kampf gegen feudale oder halbfeudale oder zumindest kirchenbedingte Verhältnisse, wird sie zur üblichen liberal-apologetischen Ideologie des Kapitals zur Zeit der größten Stärke seines Systems – und dann im staatsmonopolistischen Kapitalismus zum betrügerischen Aushängeschild einer stark veränderten kapitalistischen Realität, wobei aber gerade die Inkongruität von Ideologie und Wirklichkeit die ehrlichen Vertreter dieser durch den Monopolisierungsprozeß unsinnig gewordenen Ideologie nicht selten zu Gegnern der imperialistischen Monopolreaktion werden lassen kann, so daß sie zu zeitweiligen Verbündeten der fortschrittlichen Kräfte werden können.

Inwiefern paßt nun die Ideologie der akademischen Freiheiten und Autonomie nicht mehr in das Stadium des Monopolkapitals? – eine Ideologie, die, wie wir oben angedeutet haben, durchaus dem Stadium des Kapitalismus der freien Konkurrenz entsprach, wenn wir jeweils zu den Ausdrücken „akademische Freiheiten“ und „Autonomie“ das Wort „bürgerliche“ hinzufügen.

[45] Ich glaube, keine verstärkte Sehkraft ist notwendig, um zu erkennen, daß heute auch die bürgerlichen akademischen Freiheiten und Universitätsautonomien nicht mehr existieren und gar nicht existieren können.

Auch auf den Seiten der „Minerva“ wird in so manchen Beiträgen nicht bestritten, daß politisch, vor allem militärpolitisch bestimmte und entsprechend finanzierte Aufträge die Richtung eines Großteils der Forschung bestimmen. Forscher – und es sind wahrlich nicht viele –, die sich solchem Druck auf die Richtung ihrer Forschung entziehen wollen, gelten als dem Ruf ihrer Universität, ihrer gesellschaftspolitischen Stellung gegenüber gleichgültige Fakultätsmitglieder und haben überdies Schwierigkeiten in der Finanzierung ihrer frei gewählten Forschung.

Doch mehr; in allen Ländern der Welt; ob kapitalistisch oder sozialistisch, gewinnt die spezifische, gewissermaßen konkret gestellte Auftragsforschung mehr und mehr an Bedeutung. Es handelt sich dabei um eine objektive Erscheinung, die mit der gesetzmäßig immer stärkeren und umfassenderen Verflechtung von Wissenschaft und Praxis zusammenhängt. Natürlich war die Wissenschaft von Anfang an eine Produktivkraft oder ein Mittel der Staatskunst und Meisterung von Herrschafts- und Verwaltungsproblemen oder eine Basis der Propaganda und Manipulation der Meinungen. Aber heute ist es so, daß kein Produktionszweig, kein Ministerium, keine Zeitung mehr arbeiten kann, ohne die Wissenschaft einzuspannen. Und darum müssen alle akademischen Stätten direkt und umfassend in den Sog der gesellschaftlichen Aktivitäten allgemein und sofort spezifisch geraten.

Daß die Wissenschaftler allein fähig sind, über die *wissenschaftliche Möglichkeit* eines Auftrags zu urteilen und ebenso sie allein fähig sind zu beurteilen, ob ein Auftrag *wissenschaftlich* erfüllt worden

ist oder nicht, ändert nichts an der Tatsache, daß sie jede Freiheit und Autonomie im Sinne der bürgerlichen Ideologie des liberalen Kapitalismus verloren haben und verlieren mußten.

Denn jede Auftragsforschung, genau wie die Beurteilung der unmittelbaren Brauchbarkeit jedes Forschungsergebnisses in einer Gesellschaft, die auf seine praktische Anwendung drängt, hängt nicht allein, ja nicht einmal in erster Linie von wissenschaftlichen Wertungen ab. Von weit größerer Bedeutung sind ökonomische, militärische, propagandistische, mit einem Wort praxisverbundene Wertungen.

Im 19. Jahrhundert sollten die Universitäten bourgeoisgebildete, also staaterhaltende Menschen erziehen, aufgeteilt in eine Reihe von Fachkräften, und wenn außerdem für die Bekämpfung von Krankheiten oder die Erhaltung der Bodenkräfte oder für die Industrie geeignete Forschungsergebnisse zur praktischen Anwendung kamen, so bemächtigten sich die entsprechenden gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen ihrer zufrieden und bisweilen geradezu beglückt.

Heute spielt in der kapitalistischen Welt die Forschung an den Universitäten eine weit größere Rolle, steht viel stärker unter dem unmittelbaren Druck der Monopolpraxis – und das, obgleich zu den Universitäten eine unübersehbar große Menge von Forschungsstätten in der Industrie, in Regierungsämtern und in akademischen Institutionen außerhalb der Universitäten hinzugekommen sind.

Vielleicht ist es diese Eigentümlichkeit der Entwicklung, die einen so großen Teil der Forschung außerhalb der Universitäten vor sich gehen läßt, und die dadurch dem Lehrbetrieb in den Universitäten noch einen so großen Raum erlaubt, die überhaupt die merkwürdige Verpflanzung der Bildungs-ideologie des 19. Jahrhunderts mit ihren liberal-bürgerlichen Idealen akademischer Freiheiten in das Stadium der Monopole erlaubt hat – erlaubt hat in dem Sinne, daß nicht eine kleine Sekte gesellschaftlich verirrter Menschen ihr anhängen, sondern führende Kräfte des wissenschaftlichen Lebens sie offen vertreten können, ohne so absurd zu erscheinen, daß sie als „ehrenwerte Vertreter einer vergangenen Zeit“ betrachtet werden.

Nein, sie erscheinen mitten in den akademischen, insbesondere in den Universitätskämpfen der Gegenwart – und gar nicht so ganz selten, wie wir gesehen haben, auch auf Seiten des Fortschritts.

Bisweilen aber erscheinen sie gerade wegen der ehrlichen und klaren Konsequenz ihres Auftretens auch in der grotesken Gestalt der Reaktion. Dafür ebenfalls ein Beispiel aus der „Minerva“.

Bekanntlich herrschte an den Universitäten der USA stets [47] Diskriminierung von Frauen, von Afroamerikanern, Indianern und anderen Minderheiten. In den sechziger Jahren nahm der Druck der öffentlichen Meinung, mit den Studenten vieler Universitäten als Kern der Bewegung, gegen solche akademische Diskriminierung besonders stark zu – im Rahmen der allgemeinen Bewegung gegen die allgemeine Diskriminierung dieser gesellschaftlichen Gruppen.

Unter diesem Druck wurden vom Arbeitsministerium am 20. November 1969 und vom Ministerium für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt am 5. Dezember 1970 Erlasse bzw. Mitteilungen herausgegeben, deren (natürlich bis heute in keiner Weise auch nur annähernd verwirklichtes) Ziel es unter anderem oder spezifisch war, an den Universitäten den Minderheiten sowie den Frauen einen ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechenden Anteil am Personal der Universitäten zu sichern.

„Minerva“ nahm dazu in einem Leitartikel des Herausgebers Edward Shils wie folgt Stellung:

„Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Motive für solche Forderungen (der anteilmäßigen Vertretung – J. K.) zum großen Teil generöse und humane sind. Sie versuchen, ungerechte und schädigende Diskriminierung gegen Menschen zu vermeiden und zu überwinden. Sie erscheinen als die Erfüllung des liberalen individualistischen Prinzips ... Sie sind, mag man es klären, eine Verwirklichung der Maxime, daß nur Leistung und Fähigkeit zu künftiger Leistung bei der Bewertung des Menschen gelten sollen und daß natur-ursprüngliche Eigenschaften der Menschen wie Hautfarbe, ethnische Beziehungen und Geschlechtsmerkmale beiseite geschoben werden und nicht mehr gelten sollen. All das ist so, wie es sein sollte. Aber ist es wirklich so, wie es zu sein scheint?“⁴²

⁴² E. Shils, Academic appointment, university autonomy and the Federal Government, „Minerva“, Vol. IX, No. 2, London 1971, S. 161-170.

Und jetzt folgt eine scharf sinnige Darlegung darüber, daß alle Prinzipien der Gerechtigkeit verletzt werden.

Man müsse doch überlegen:

Die Afroasiaten, die Frauen, die Mexikaner, Indianer, Puertorikaner usw. sind heute völlig ungenügend an den Universitäten vertreten.

Wenn sie aber entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung in der allernächsten Zeit vertreten sein sollen, dann muß man das Leistungsprinzip aufgeben, dann muß man die bisher [48] Diskriminierten den „normalen männlichen Weißen“ vorziehen, dann muß man die männlichen weißen „Uramerikaner“ diskriminieren. Das Leistungsprinzip muß man deswegen aufgeben, weil es doch sehr unwahrscheinlich ist, daß die Frauen und die Minderheiten den männlichen Weißen im Durchschnitt so überlegen sind, daß man gleichzeitig beim Leistungsprinzip bleiben und doch die alte Diskriminierung aufheben kann.

An die Stelle des Leistungsprinzips trete – mit umgekehrtem Vorzeichen – das Prinzip der Auswahl nach Geschlecht, Hautfarbe, ethnischer Minorität usw.

„Und was werden die Folgen für eine Universität sein, wenn ein Teil der älteren Mitglieder aus Personen besteht, die bekannterweise ohne ernste Berücksichtigung ihrer intellektuellen Fähigkeiten angestellt wurden? Das wäre schon schlimm genug, wenn nicht dazu käme, daß die Gruppe auch durch eine bestimmte Hautfarbe und erkennbare ethnische Qualität charakterisiert wäre. Notwendigerweise müßte ein Riß innerhalb der Universität entstehen, Fraktionen müßten sich bilden, Gefühle von Inferiorität, Ressentiment und Verachtung würden erregt werden. Mit einem Wort, Dinge würden in die Universität hineingetragen werden, die an sich abscheulich und für die Universität schädlich sind ... Der Angriff auf die Integrität des Ernennungssystems, selbst mit anscheinend so fortschrittlicher Rechtfertigung, kann der Qualität des amerikanischen intellektuellen Lebens nur schaden ...

Was auf dem Spiel steht, sind nichts mehr und nichts weniger als die geistigen Leistungen der amerikanischen Universitäten und alles, was sich aus diesen Leistungen an Gutem für die amerikanische Gesellschaft und die Menschheit ergibt.“⁴³

Wir haben hier ein Musterbeispiel dafür, wie das starre Festhalten an Prinzipien ohne Rücksicht auf ihre gesellschaftliche Relevanz und überdies eine falsche Hierarchie der Werte, die das Tempo des Fortschritts der Wissenschaft über die Abschaffung der Diskriminierung von Frauen, Afroamerikanern und anderen Minderheiten stellt, zu arger Reaktion führt, sich gegen den gesellschaftlichen Fortschritt stellt. Ashby, Shils, die ganze leitende Gruppe von „Minerva“ wendet sich mit gleicher Energie gegen die Entfernung eines Pazifisten, Kommunisten oder Faschisten von der Universität, wenn alle drei akademisch fachlich qualifiziert sind und vertrieben werden, weil sie außer-[49]halb des Unterrichts ihre politischen Auffassungen vertreten haben.

Und genauso kämpfen sie gegen jede Einstellung eines Professors an einer Universität, wenn dabei sein Geschlecht, seine Hautfarbe oder seine Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minorität eine Rolle gespielt hat – wobei es ganz gleichgültig ist, ob diese Rolle eine positive oder negative gewesen ist.

Der Begriff der *historischen Gerechtigkeit*, die Notwendigkeit, jahrhunderte- oder jahrtausendaltes Unrecht wiedergutzumachen, tritt hinter der täglichen (denn nur darum handelt es sich hier) Erhaltung der intellektuellen Qualitäten der Universitäten zurück.

Die gleichen Männer, die nicht nur fortschrittlich erscheinen, sondern es auch sind, wenn sie gegen die Entfernung eines Professors wegen dessen fortschrittlicher politischer Gesinnung kämpfen, werden zu Narren, wenn sie bei den wenigen Gelegenheiten, die ihnen die Geschichte dazu gibt, „aus Gerechtigkeit“ auch gegen die Entlassung eines Faschisten protestieren, und sie werden zu inhumanen Gestalten, wenn sie sich um der völligen Erhaltung der wissenschaftlichen Qualitäten der Universitäten in der Gegenwart willen faktisch für die weitere Erhaltung der Diskriminierung von Frauen

⁴³ Ebenda, S. 168 und 170.

und Minoritäten einsetzen und so die Universitäten zu einer gesellschaftlichen Minus-Qualität verdammten.

Und dieses Urteil über Polanyi, Ashby, Shils und andere, die so denken und schreiben wie sie, gilt auch für die „Minerva“ als Ganzes, da sie es sind, die in ihr den Ton angeben.

Das heißt nicht – und das ist ein Teil ihrer (wenn auch so oft pervertierten) intellektuellen Redlichkeit –, daß sie nicht auch abweichenden Anschauungen einen gewissen Platz in der „Minerva“ einräumen. Aber tonangebend bleiben sie, die Ashby, Polanyi, Shils, die „Minerva-Leute“.

Das heißt auch nicht, daß sie selbst nicht eine gewisse Flexibilität unter dem überwältigenden Druck der monopolistischen Realitäten zeigen. Aber am Gerüst ihrer Theorien halten sie eisern fest. Geradezu symbolisch dafür ist der erste Artikel Ashbys im zweiten Jahrfünft der Zeitschrift, der den kennzeichnenden Titel trägt „Die Zukunft der Neunzehnten-Jahrhundert-Idee einer Universität“.⁴⁴ Und damit jeder versteht, [50] daß es ihm nicht nur darum geht, Humboldt und General Motors so zu vereinen, daß General Motors der Junior-Partner bleibt, sondern auch darum, jede Universität, die nicht der westlichen Tradition des 19. Jahrhunderts folgt, zur Un-Universität zu erklären, beginnt er seinen Artikel so: „Die Universität“ – man beachte: *die* Universität! – „ist ein Mechanismus zur Vererbung der westlichen Art von Zivilisation.“ Doch dann fährt er, um Humboldts Ideal für immer zu retten und es für alle Gegenden der Welt etablieren zu können, fort: Dieser Mechanismus „bewahrt, übermittelt und bereichert Lehren wie Lernen und unterliegt der Entwicklung wie Tiere und Pflanzen. Daher kann man sagen, daß das Muster jeder einzelnen Universität das Resultat auf der einen Seite von Vererbung, auf der anderen ihrer Umgebung ist.“⁴⁵

Im Verlauf des Artikels zeigt Ashby dann, wie die Idee Humboldts schon im 19. Jahrhundert an englische und an amerikanische Verhältnisse adaptiert wurde – aber stets bei Erhaltung der Grundidee der akademischen Freiheit.

Natürlich gäbe es heute Schwierigkeiten mit der wachsenden Zahl der Studenten und mit der wachsenden Zahl der Vorlesungen und mit all den kommerziellen, politischen und anderen Einflüssen auf das akademische Leben. Aber: Wie die Überschriften der drei letzten Abschnitte zeigen – „Die Aufgabe: Erhaltung und Anpassung zu vereinen“; „Die Notwendigkeit der Autonomie und die Verantwortung der Gesellschaft gegenüber“; „Die Selbstanpassung der Universität an die neuen Aufgaben“ –, gilt es unter allen Umständen, die Grundlagen der alten Universität, die akademische Freiheit und die Autonomie der Universität, zu retten.

Zwei Rezepte entwickelt Ashby für die Erhaltung von Autonomie und Freiheit:

„... die Universität muß frei im Rahmen des Staates bleiben, zugleich aber ein vom Staat getrenntes Wesen sein. Dafür gibt es zwei Rezepte. Das eine ist, die Universität darf nie nach Macht streben. Der tiefere Sinn dessen, was Humboldt Einsamkeit nennt, ist für mich der Verzicht auf Macht durch nicht engagierte Gemeinschaften von Gelehrten, so daß sie reflektieren können, ohne entscheiden zu müssen, beobachten können, ohne teilnehmen zu müssen, kritisieren können, ohne ändern zu müssen. Doch heißt das nicht, daß sie jede Verantwortung auf [51] geben. Als Gegengabe für dieses Privileg sind die Gemeinschaften der Gelehrten verpflichtet, ohne Vorurteile zu reflektieren und zu beobachten sowie ohne Furcht zu kritisieren. In genau diesem Sinne muß die Einsamkeit (und damit die Autonomie – J. K.) überleben, denn ohne objektive, durch keine besonderen Interessen bestimmte und furchtlose Kritik muß die Gesellschaft ihre Fähigkeit zur Selbsterneuerung verlieren. Das andere Rezept für Freiheit ist, daß die Universitäten jedes Landes kollektive Sicherheit zu erreichen suchen.“ Das könne nur durch Zusammenschluß wie in England im „Komitee der Vizekanzler und Direktoren der Universitäten“ oder in der Bundesrepublik in der „Westdeutschen Rektorenkonferenz“ geschehen.⁴⁶

⁴⁴ E. Ashby, The future of the nineteenth century idea of a university, „Minerva“, Vol. VI, No. 1, London 1967, S. 3-17.

⁴⁵ Ebenda, S. 3.

⁴⁶ Ebenda, S. 16.

„Die Universitäten brauchen daher immer noch Freiheit und Einsamkeit (wie Humboldt forderte – und Ashby bringt in seinem Text diese Worte in deutscher Sprache – J. K.), angepaßt an die neue Zeit. Doch sie brauchen noch etwas, das in Humboldts Zeit nicht so notwendig war, denn heute ist die Wellenlänge der Wandlung kürzer als die Lebensspanne des Menschen. Sie bedürfen einer Reform, die, wenn man sie durchführen könnte, alle anderen Reformen subsumieren würde. Es ist die Fähigkeit, ihre eigene Anpassung an die Gesellschaft von sich aus durchzuführen.“ Doch zugleich warnt Ashby: „Jeder, der über Universitäterfahrungen verfügt, weiß, daß die akademische Entwicklung genau wie die organische langsam und kontinuierlich vor sich gehen muß. Größere Mutationen sind im allgemeinen tödlich. Und jede Wandlung muß auf dem Erbe basieren. Durch das Studium der Abstammung und Entwicklung der Universitäten von ihren Ahnen im Mittelalter und ihrer Wirkungen aufeinander in der Welt von heute können wir lernen, ihre Entwicklung für den Rest dieses Jahrhunderts zu lenken und zu kontrollieren.“⁴⁷

Die Ausführungen entbehren nicht einer inneren Logik. Die akademische Freiheit, „die friedliche Koexistenz“ von „autonomer Gelehrtenrepublik“ und Staat wie Gesellschaft ist nur möglich, meinen Ashby und auch Polanyi und andere Vertreter ihrer Ideologie, wenn die Gelehrten sich auf die wissenschaftliche Interpretation der Welt und die Kritik an den Versuchen der Gesellschaft, diese Welt zu verändern, beschränken. Sie dürfen nicht nach politischer Macht streben, und gerade darum [52] kann ja auch ihre Kritik unberührt von spezifischen politischen Interessen sein.

Falsch wäre es, Ashby und seinen ideologischen Kollegen vorzuwerfen, sie kastrierten die Wissenschaftler als gesellschaftliche Wesen. Denn, wie Max Weber, gestatten sie den Wissenschaftlern durchaus, politisch tätig zu sein, nach Macht zu streben und die Welt verändern zu wollen – aber nur außerhalb der Wissenschaft!, nur außerhalb des Vorlesungssaales und des Laboratoriums!

Selbstverständlich dürfe der Ökonom in Massenversammlungen zum Kampf gegen die Mehrwertsteuer und zum Sturz der Regierung, die sie einführen will, aufrufen – aber nicht als Wissenschaftler. Selbstverständlich dürfe der Biologe im Bett Empfängnisverhütung treiben oder nicht – aber keineswegs in seiner Eigenschaft als Wissenschaftler. Denn nur, wenn der Wissenschaftler in seiner Eigenschaft als Wissenschaftler sich auf Interpretation und Kritik beschränkt, hat er das Recht auf akademische Freiheit und Autonomie der akademischen Institutionen – wie umgekehrt die Autonomie und die Freiheit ihn zu Interpretation und Kritik verpflichten.

Nur als Wissenschaftler soll er im Grunde von jeder aktiven gesellschaftlichen Tätigkeit ausgeschlossen sein, nicht etwa als Mensch. Sobald der Wissenschaftler seinen akademischen Talar ablegt, dürfe er das exterritoriale Elfenbeingebiet der Wissenschaft verlassen und in der einfachen Kleidung des gewöhnlichen Menschen gesellschaftlich aktiv sein.

Man braucht wahrlich nicht Marxist zu sein, um eine solche Ideologie zu widerlegen. Ihr liegen zwei Hauptfehler zugrunde. Der eine betrifft den Charakter der Wissenschaft, der andere den Charakter der Universitäten, den Charakter jeder wissenschaftlichen Lehranstalt.

Was die Wissenschaft betrifft, so besteht zwar wohl kein Zweifel daran, daß jede Analyse objektiv sein muß, aber schon in die Synthese gehen zumindest bei den Gesellschaftswissenschaften stets politische Wertungen ein – weshalb jede Gesellschaftswissenschaft parteilich ist –, und bei den Schlußfolgerungen gilt das auch für die Naturwissenschaften, weshalb *jede Wissenschaft parteilich* ist.

Da aber eine Wissenschaft, die sich auf die Analyse beschränkt, ebensowenig Wissenschaft ist, wie eine Operation, [53] die sich mit dem Aufschneiden des Körpers und einer Diagnose begnügt, eine Operation ist, so ist es für jeden echten Wissenschaftler unmöglich, sich auf die Analyse zu beschränken. Er muß zur Synthese und zu Schlußfolgerungen, das heißt zur Wertung, kommen, die stets deswegen politisch ist, weil sie auf bestimmte Aktionen oder Philosophien als notwendig und berechtigt hindeutet – politisch ist im Sinne von gesellschaftlich relevant, das heißt auch, solange noch gegen den Fortschritt gerichtete Klassen oder Gruppierungen existieren, parteilich ist.

⁴⁷ Ebenda, S. 16 f.

Das heißt, man kann nicht erklären, der Wissenschaftler sei Wissenschaftler in seinem Arbeitszimmer und im Laboratorium – außerhalb dieser Räume kann er sein, was er will, Politiker oder Schauspieler oder Liebhaber. Zwar braucht er in seiner Eigenschaft als Wissenschaftler nicht auch Schauspieler und Liebhaber zu sein, aber Politiker *muß* er sein, insofern er auf dem Weg von der Analyse zur Synthese und zu den Schlußfolgerungen zu gesellschaftlich relevanten Wertungen kommt.

Und darum fällt diese Begründung der „Minerva“-Leute für die akademische Freiheit und die Autonomie als untauglich fort.

Sie fällt aber aus noch einem anderen Grunde fort, der nicht im Charakter der Wissenschaft als solcher, sondern im Wesen der Universitäten liegt.

Humboldt sah die Aufgabe der Universität in der „Erziehung durch Wissenschaft“. Durch die Hingabe an die Wissenschaft werde der Mensch zugleich kultiviert. Oft wiederholen auch Ashby und seine ideologischen Kollegen diese Formulierung als den tiefen Sinn der Universität. Und Mark Pattison, einer der Oxford-Reformer um die Mitte des 19. Jahrhunderts, erklärte: die Frucht des wissenschaftlichen Studiums ist „nicht ein Buch, sondern ein Mensch“.⁴⁸

Niemand wird sich gegen die gern von Ashby zitierte Definition Pattisons wenden wollen, wenn wir sie auch ergänzen würden: „ein Mensch, der auf Grund seines Studiums sowohl allgemein gebildet wie auch zu einer spezifischen gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit befähigt ist“.

Wie aber will man Menschen erziehen, wenn die Lehrer nur analysieren und interpretieren, wenn sie keine Synthesen und Schlußfolgerungen geben dürfen, oder selbst dann, wenn ihnen das zwar erlaubt ist, nur wertfrei, das heißt unpolitisch, dem [54] Studenten die verschiedensten möglichen Schlußfolgerungen zur Auswahl präsentieren müssen? Sie erziehen dann lauter Gestalten, die dem Esel Buridans ähnlicher sind als gesellschaftlich bewußten Menschen.

Das heißt, die Universität auch in ihrem von Ashby und der „Minerva“ akzeptierten Sinne kann nur wirken, wenn sie politisch Stellung nimmt, wenn ihre Lehrer im Prozeß der Erziehung der Studenten diese oder jene Klasse, diese oder jene politische Kraft fördern oder hindern.

Also gibt es keine akademische Freiheit und keine Autonomie wissenschaftlicher Institutionen?, und soll es sie auch nicht geben?

Daß es sie heute nicht in der Welt des Kapitals gibt, ist nicht nur für jeden Marxisten, sondern auch für viele aufmerksame und ehrliche bürgerliche Wissenschaftler offenbar. In manchen Ländern, gegenwärtig auch in der Bundesrepublik, gibt es zum Beispiel ausdrückliche staatliche Regelungen, daß Kommunisten nicht Universitätsprofessoren werden dürfen. In keinem sozialistischen Lande darf ein dem Sozialismus feindlich gesinnter Mensch, mag er auch ein wissenschaftliches Genie der Mathematik sein, an einer Universität lehren. An allen Universitäten der Welt wird heute die Forschung zu einem wesentlichen Teile vom Staat bzw. von privaten Unternehmen bestimmt, und das gilt noch viel mehr für reine Forschungsinstitutionen.

All das ist richtig so in den sozialistischen Ländern, denn sie richten so die Forschung auf den Fortschritt aus. All dies ist politisch ebenso verständlich wie für den Fortschritt gefährlich in den kapitalistischen Ländern, denn dort richten die herrschenden Mächte die Forschung auf den Rückschritt aus.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wie sich die Verhältnisse im vollendeten Kommunismus gestalten werden.

Aber es ist nicht müßig, darüber nachzudenken, ob die Begriffe von akademischer Freiheit und Autonomie wissenschaftlicher Institutionen an sich unsinnig, Begriffe nur bestimmter Klassenideologien sind und so mit diesen Klassen wie Schaum vergehen werden, oder ob sie einen rationellen Kern haben, den man auch in der sozialistischen Gesellschaft bewahren, den man nicht zerbrechen und zermalmen darf.

Ich glaube, es gibt einen solchen rationellen Kern, den wir [55] bewahren müssen. Und diesen gilt es, zum Abschluß dieses Kapitels herauszuschälen.

⁴⁸ Ebenda, S: 4 f.

Mir scheinen *nur Wissenschaftler* auf Grund ihrer Ausbildung und Erfahrung in der Lage zu sein zu entscheiden, ob eine Analyse *wissenschaftlich* haltbar ist oder nicht, ob ein *wissenschaftliches* Unternehmen aussichtsreich ist oder nicht, ob eine Leistung, als *wissenschaftliche*, groß oder klein, fruchtbringend für die Zukunft der weiteren *wissenschaftlichen* Forschung auf diesem Gebiet ist oder nicht, befruchtend oder nicht auf andere Wissenschaftsgebiete wirkt oder nicht. In diesen wissenschaftlichen Entscheidungen muß der Wissenschaftler „frei und autonom“ sein – der einzelne Wissenschaftler wie ein Kollektiv zuständiger, fachverständiger Wissenschaftler. „Frei und autonom“ in Anführungsstrichen, da man es viel einfacher und von bourgeoisen Vorstellungen befreit ausdrücken kann: Solche Entscheidungen obliegen dem Wissenschaftler. Dabei müssen wir aber zwei Fakten im Auge behalten:

Die gleiche „Exterritorialität, Autonomie und Freiheit“ kann jeder Vertreter jeden anderen „Fachs“ für sich in Anspruch nehmen: der Tischler, wenn es um tischlerische Angelegenheiten geht, der Verwaltungsorganisator, wenn es um „seine“ Probleme geht, der Außenpolitiker, wenn es um Fragen der Außenpolitik geht. Das heißt, der Wissenschaftler hat das gleiche Recht auf „Exterritorialität, Autonomie und Freiheit“ wie jeder andere Fachmann.

Und sodann: so wichtig die allseitige Entwicklung der Wissenschaft und die Überleitung ihrer Erkenntnisse in die gesellschaftliche Praxis sind, so wichtig und noch wichtiger sind andere gesellschaftliche Werte und Gesichtspunkte. Das wissenschaftliche Urteil über eine Problematik ist nur eines von vielen Urteilen. Die Weiterentwicklung einer wissenschaftlichen Forschung kann wissenschaftlich durchaus gerechtfertigt sein durch die Zahl neuer Erkenntnisse, die ihr Resultat sein werden. Aber ob bei beschränkter Zahl von Wissenschaftlern und Ressourcen unter den bestehenden Umständen nicht eine andere Forschung gesellschaftlich nützlicher ist, darüber kann kein noch so gesellschaftlich bewußtes Wissenschaftlerkollektiv autonom entscheiden. Das ist eine Entscheidung, die nicht in einem Wissenschaftlergremium gefällt werden kann. Und ähnlich: Daß eine wissenschaftliche Erkenntnis in dieser oder jener [56] Form in die Praxis übergeführt werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit; aber ob sie sofort, heute, oder später übergeführt werden soll und in welchem Ausmaß, das wiederum ist eine Entscheidung, für die die Wissenschaftler als solche zumindest nicht allein, also autonom, zuständig sind.

Das heißt, die Wissenschaftler müssen wie alle Fachleute, wie alle Spezialisten genießen: eine gewisse „Exterritorialität“, die unverletzlich zu sein hat, eine gewisse „Autonomie“ der Entscheidung, die bei all ihrer Beschränktheit gesichert sein muß, das heißt eine gewisse „Freiheit“, die nicht verletzt werden darf, wenn die Wissenschaft blühen, wenn sie fortschreiten, wenn sie der Gesellschaft dienen soll.

Aber diese „Exterritorialität“, diese „Autonomie“, diese „Freiheit“ sehen wahrlich anders aus als die von den Anhängern des liberalen Kapitalismus in der „Minerva“ charakterisierten und geforderten.

3. Nach zehn Jahren

In der Nummer 1 des X. Jahrganges gibt der Herausgeber Edward Shils einen Rückblick und einen Ausblick auf „Minerva“ und die Welt der Wissenschaft. Wenn er die entscheidenden alten Probleme, die auch in der ersten Nummer des ersten Jahrganges standen, betrachtet, dann muß er sagen: Sie stehen auch heute noch.

Der Ausblick nach zehn Jahren schließt jedoch: „Die, die als Wissenschaftler in den verschiedensten Funktionen arbeiten – in Forschung und Lehre –, müssen sich klar über ihre vielfachen und oft miteinander im Widerspruch stehenden Verpflichtungen sein, die niemals ganz harmonieren werden, die jedoch in der Praxis miteinander in Einklang gebracht werden können. Jede ist eine Notwendigkeit für die andere: Die Gesellschaft wird Wissenschaft, Gelehrtentum und höhere Erziehung nicht unterstützen, wenn für sie nichts dabei herauspringt. Die Wissenschaft aber wird nichts Lohnendes für die praktischen Bedürfnisse der Gesellschaft produzieren, wenn die Wissenschaftler in den entscheidenden Fragen nicht frei sind, ihre eigenen Traditionen zu entwickeln und sich in die Richtung zu bewegen, in die sie ihr analytischer Verstand, ihre Neugierde und ihre [57] intellektuelle Tradition treiben. Die produktive gegenseitige Abhängigkeit und praktische Vereinigung dieser zwei recht verschiedenen und getrennten Aufgaben und Aktivitäten werden sich nicht realisieren, wenn nicht jede

der beiden Seiten sich klar über ihre Unterschiedlichkeit wie auch über ihre zahlreichen, oft sehr im Untergrund liegenden Verbindungen und Zusammenhänge ist. Gerade der weiteren Klärung dieser zwei unterschiedlichen Aktivitäten wie der Behauptung des inneren Wertes und der Legitimität einer jeden von beiden und der Klärung der Bedingungen ihrer fruchtbaren Zusammenarbeit wird sich ‚Minerva‘ im nächsten Jahrzehnt widmen.“⁴⁹

Man könnte meinen, daß hier eine gewisse, wenn auch ganz schiefe Wendung zur Realität vorliegt, daß nach Ansicht der ‚Minerva‘ sich nun zwei Kräfte gegenüberstehen: Staat – Gesellschaft und Wissenschaft, und daß ‚Minerva‘ alles tun möchte, um diesen beiden ‚unterschiedlichen Kräften‘ gerecht zu werden.

Doch, als ob es nicht schon schief genug wäre, Wissenschaft und Staat bzw. Wissenschaft und Gesellschaft so gegenüberzustellen, geht ‚Minerva‘ noch weiter bzw. zieht sich im Grunde wieder ganz auf die alte Position zurück. Für ‚Minerva‘ ist nämlich genau wie für Christus, dessen Worte sie auch gebraucht, der Staat, ja auch die Gesellschaft, eine Realität, mit der man leider rechnen muß, aber nicht mehr: Die Frage für ‚Minerva‘ als Vertreterin der Wissenschaft ist: „Was muß man Caesar an Diensten, Loyalität und Zusammenarbeit geben? Was soll man ihm versagen, da er die Wissenschaft nur schädigen, ihre Entwicklung nur behindern und ihre Anwendung in der Praxis nur gefährden würde, wenn er seine Macht über sie ausüben würde?“⁵⁰

„Politik“, heißt es an der gleichen Stelle, „ist unvermeidlich; sie hat auch ihre Berechtigung, aber sie hat nicht überall ein Recht, sich einzumischen“ – was unbestreitbar ist, uns aber weder gegenüber Nr. 1 des ersten Jahrgangs der ‚Minerva‘ noch in der Problematik der akademischen Freiheit und Autonomie weiterbringt; insbesondere, wenn man weiter liest, daß Politik gerade seit der Mitte der sechziger Jahre in der Wissenschaft solch eine schlechte Rolle gespielt habe. Zuerst ist man erstaunt, da doch die entscheidenden Eingriffe des Staates in Forschungsrichtung und Forschungsthema mit dem zweiten [58] Weltkrieg und mit dem kalten Krieg nach 1947 kamen. Aber dann entdeckt man, daß mit der Politisierung der Wissenschaft die Studentenunruhen gemeint sind, und man begreift, daß die Studenten nicht zur Wissenschaftler-Republik gehören, daß sie außerhalb des autonomen Elfenbeinterritoriums leben und daß, wenn Polanyi von Angebot und Nachfrage sprach, nicht etwa auch von dem Angebot der Vorlesungen und der Nachfrage nach ihnen die Rede war.

Kein Wunder auch, daß ‚Minerva‘ einer neuen Erscheinung ganz hilflos gegenübersteht: „In den letzten fünf Jahren hat ein sehr deutlicher Umschwung in der Atmosphäre stattgefunden. Die Wissenschaftler haben viel an ihrer Lebensfreude, die doch in der ersten Hälfte des Jahrzehnts so offensichtlich war, eingebüßt.“⁵¹

Die Wissenschaft und die Wissenschaftler werden öffentlich kritisiert. Eine Richtung, die sich Antiscience nennt, gewinnt an Boden in der öffentlichen Meinung des Westens. Die Wissenschaft bringt nicht die Resultate, die man von ihr erwartet, und die Resultate, die sie bringt, entsprechen nicht den Bedürfnissen der Gesellschaft. Neben die wissenschaftliche Revolution tritt die Gegenrevolution.

Aber die Männer der ‚Minerva‘ finden weder eine Erklärung für dieses Phänomen noch eine Lösung für die ihm zugrunde liegende Problematik.

Das verwundert nicht, da sie nur mit den Problemen der Weiterentwicklung der Wissenschaft auf dem von ihnen geschaffenen Elfenbeinterritorium beschäftigt sind, da sie das Volk, die Gesellschaft und den Staat unter den einen Namenshut Caesar bringen und nur bereit sind, so viele Scheidemünzen in diesen Hut zu werfen, wie notwendig sind, damit man sie in Frieden läßt. *Wahrlich, die Eule dieser Minerva ist nicht nur vertauscht und symbolisiert Torheit Weisheit, sie scheint auch einem Kuckucksei entsprungen!*

[59]

⁴⁹ Minerva: The past decade and the next, ‚Minerva‘, Vol. X, No. 1, London 1972, S. 9.

⁵⁰ Ebenda, S. 6.

⁵¹ Ebenda, S. 2

Zweiter Teil: Ein „Hippokratischer Eid“ für Wissenschaftler? Der fortschrittliche Wissenschaftler in der Gesellschaft des Monopolkapitals

Am 28. November 1945 hielt Bertrand Russell eine Rede im englischen Oberhaus, in der er ein Treffen von westlichen und sowjetischen Wissenschaftlern vorschlug, auf dem beraten werden sollte, wie man einen künftigen Wasserstoffbombenkrieg durch ein internationales Kontrollsystem verhindern könnte. Noch besaß die Sowjetunion damals keine Atombomben, die USA aber hatten, nachdem sie ihre beiden ersten ein Vierteljahr zuvor verbraucht hatten, erst wenige weitere zur Verfügung. Wasserstoffbomben besaß noch niemand.

Der Ruf Russells verhallte, und die Gefahr eines Atombombenkrieges stieg mit der Intensivierung des kalten Krieges. An einem Höhepunkt des kalten Krieges sprach Russell (am 23. Dezember 1954) über die nukleare Gefahr für die Menschheit im britischen Radio. Diesmal war die Wirkung eine weltweite. Der Radio-Rede folgend, entwarf er ein Manifest, das von führenden Naturwissenschaftlern in aller Welt gezeichnet werden sollte. Einer der ersten, der unterzeichnete, war Albert Einstein – zwei Tage vor seinem Tode.

Auf einer Pressekonferenz in London, am 9. Juli 1955, verglas Russell das Manifest, das großen Widerhall in der Weltöffentlichkeit fand.

Genau zwei Jahre später, vom 7. bis 10. Juli 1957, fand die erste Wissenschaftlerkonferenz in dem von Russell schon 1945 vorgeschlagenen Rahmen statt – dank auch der finanziellen Hilfe von Seiten des amerikanischen Großindustriellen Cyrus Eaton. In Pugwash (Kanada) versammelten sich 22 Wissenschaftler, darunter 15 Physiker, 4 Biologen, 2 Chemiker und 1 Jurist. 7 Wissenschaftler kamen aus den USA, je 3 aus der Sowjetunion und Japan, je 2 aus Großbritannien und Kanada, [60] je einer aus Australien; China, Frankreich, Österreich und Polen. Die Konferenzsprachen waren Englisch und Russisch. Seitdem haben viele „Pugwash-Konferenzen“ in vielen Städten der Welt stattgefunden, auf denen fortschrittliche Natur- und Gesellschaftswissenschaftler aus zahlreichen Ländern über Fragen des Friedens und der Sicherheit beraten haben. Alle fünf Jahre findet eine Sonderkonferenz statt, auf der Bilanz über die Vergangenheit gezogen und die künftige Arbeit der Pugwash-Bewegung besprochen wird.

In Vorbereitung der letzten derartigen Sondertagung der Pugwash-Bewegung im September 1972 in Oxford wurde auch eine „Wissenschaftler und Gesellschaft“ genannte Arbeitsgruppe gebildet, für die eine Reihe interessanter Bemerkungen und Studien eingereicht wurde. Der abschließende Bericht der Gruppe auf der Sondertagung wurde lange und lebhaft in einer Plenarsitzung aller Pugwash-Teilnehmer diskutiert. Es war auffallend, wie ehrlich unter dem Beifall der Beratenden kluge, doch sich völlig widersprechende Äußerungen gemacht wurden. Es widersprachen sich Marxisten und bürgerliche Gelehrte, genau wie Bürgerliche und Bürgerliche oder Marxisten und Marxisten. Ich habe selten eine Diskussion erlebt, in die so viele so überzeugt gingen und die so viele, gerade auf Grund des hohen Niveaus des Meinungsstreits, mit dem so berechtigten Gefühl verließen, doch noch recht am Anfang der Überlegungen zu stehen.

Die folgenden Bemerkungen schulden der Pugwash-Tagung viel. Ihr Ausgangspunkt aber liegt einige Jahre zurück, als Max Steenbeck mich mit der in manchen Wissenschaftlerkreisen ventilerten Idee der Ablegung eines „Hippokratischen Eides“ für Wissenschaftler bekannt machte.

1. Ein „Hippokratischer Eid“ für Wissenschaftler?

Der Hippokratische Eid fordert heute von den Ärzten unter anderem, daß sie ihr Bestes für die Erhaltung des Lebens ihrer Patienten tun, sowie die Schweigepflicht.

Ähnlich fordern seit einiger Zeit fortschrittliche Wissenschaftler einen „Hippokratischen Eid“ von Wissenschaftlern. [61] In dem Bericht der genannten Arbeitsgruppe der Pugwash-Tagung wird die Ausarbeitung einer Verpflichtung für Wissenschaftler empfohlen, die auf einem von der Königlichen Norwegischen Akademie der Wissenschaften in Betracht gezogenen ähnlichen Text beruht und beinhalten soll:

„Ich werde meine wissenschaftliche Ausbildung nicht für irgendeinen Zweck, von dem ich glaube, daß er Menschen schädigen soll, benutzen.

Ich werde in meiner Arbeit Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und die Verbesserung des Lebens der Menschen erstreben.“¹

In der Diskussion auf der Pugwash-Konferenz wurde von einigen darauf hingewiesen, daß der letzte Satz des „Eides“ sich nicht auf die Grundsatzforschung beziehen kann. In der Tat wird es viele Mathematiker, Biologen, Historiker, Ökonomen geben, die, wenn sie ehrlich sind, nicht sagen können, daß sie mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit „Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und die Verbesserung des Lebens der Menschen erstreben“. Ob ich die Zahlentheorie vertiefe, die Arten der Einbalsamierung in den verschiedenen Phasen des alten Ägypterreiches oder die Methoden der Staatshaushaltsrechnung der alten Athener untersuche – in keinem Fall kann ich sinnvoll von einem solchen Streben reden.

Der bulgarische Wissenschaftler K. Bratanov formulierte eine „soziale Verpflichtung für Wissenschaftler“, die so lautet: „Alle ihre Kräfte der Anwendung der Leistungen der Wissenschaft für konstruktive, schöpferische Arbeit im Interesse der Menschheit und nicht für die Zerstörung und zum Unglück der Nationen zu widmen.“

Der Bratanovsche Eid enthält einen ganz anderen Gedanken als der von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene. Er bezieht sich nicht auf die wissenschaftliche Arbeit des einzelnen Wissenschaftlers, sondern auf die praktische Verwendung der Resultate aller wissenschaftlichen Arbeit. Bratanovs Forderung appelliert im Grunde nicht so sehr an den Wissenschaftler als solchen, sondern an ihn als fortschrittlichen Menschen, der zusammen mit den Technologen, den Arbeitern, ja mit allen Mitgliedern der Gesellschaft für eine fortschrittliche, wohltätige, den Menschen Nutzen und Glück bringende Anwendung der Resultate der Wissenschaft kämpfen muß. Dazu aber bedarf es doch wohl keines Eides speziell für Wissenschaftler.

[62] M. Thee vom International Peace Research Institute in Oslo brachte folgenden Vorschlag eines „Hippokratischen Eides für Wissenschaftler und Technologen“ – er schließt also die Technologen gleich offen mit ein –: „Die wissenschaftliche Ausbildung nicht zu nutzen für irgendeinen Zweck, der die Menschen schädigen könnte, und die erworbenen Kenntnisse der Förderung des menschlichen Fortschritts, der Verbesserung des Lebens, der Freiheit, der Gerechtigkeit, dem Frieden zu widmen.“ Zu diesem Eid bemerkt er: „Wenn auch die konkreten Wertungen und Entscheidungen dem Individuum überlassen sein würden, so würde eine solche Verpflichtung doch einen Rahmen, eine Atmosphäre engagierteren, bewußteren Verhaltens schaffen.“

Mit dieser Nachbemerkung hat Thee einen Punkt berührt, der auch schon in der ersten hier gegebenen Formulierung des „Eides“ durch die beiden Worte der Verpflichtung „Ich werde“ angedeutet ist: Während es sich in der Ärzte-Verpflichtung zumeist um objektive Tatsachen, wie die Erhaltung des Lebens, handelt, geht es bei dem „Eid der Wissenschaftler“ vielfach um subjektive Wertungen: Was dient dem Frieden? Was bedeutet Fortschritt?

Wir sehen aus allen unseren bisherigen Ausführungen, wieviel komplizierter ein „Hippokratischer Eid“ für Wissenschaftler als für Ärzte ist, wenn überhaupt ein solcher Eid Sinn hat und er nicht die Technologen, als Anwender der Resultate, ja überhaupt die ganze Gesellschaft mit einschließen sollte. Dann aber verliert er seinen Sinn als „Berufseid“. Doch wird uns gerade weiteres Nachdenken über die Problematik des „Hippokratischen Eides“ im folgenden an entscheidende Fragen für den Wissenschaftler in der kapitalistischen Gesellschaft heranführen.

¹ Die Pugwash Papers, auf die ich mich im folgenden beziehe, sind enthalten in: Proceedings of the 22nd Pugwash Conference on Science and World Affairs, London 1973. Report of Working Group 8, Scientists and Society, S. 93-98 (einschl. des ursprünglichen vervielfältigten Textes); K. Bratanov, Some thoughts on the social responsibility of scientists, S. 289-291; H. Brooks, Scientists and society, S. 292-298; Y. de Hemptinne, Military research and its impact on world peace, S. 390-397; Ph. B. Smith, Ecocide in Indochina, the fruit of unbridled abuse of scientific knowledge, S. 540-541; M. Thee, The scientist's role in society, S. 551-555.

2. Neutralität der wissenschaftlichen Erkenntnis und Parteilichkeit des Wissenschaftlers – Vorbemerkungen

Folgende zwei Überlegungsreihen seien zunächst zum Bedenken gegeben.

Erstens:

Der englische Biologe A. W. Galston nannte seine Unter-[63]suchungen der Pflanzenhormone „eine recht harmlose Art, die Zeit zu verbringen“². Er ahnte nicht, daß er „Grundlagenforschung“ für den amerikanischen Krieg gegen Wälder und Felder zur Aushungerung der Bevölkerung in Vietnam betrieb.

Leitenberg macht darauf aufmerksam, welch ganz große Bedeutung ozeanographische Studien für den Unterseebootkrieg gewonnen haben.³

In den zwanziger Jahren bemerkten Corson und Stoughton bei ihren Untersuchungen von Orthochlorobenzyliden-malonitril, daß dieses Tränen hervorrufe. In den fünfziger Jahren entwickelten englische Forscher im Auftrage des Kriegsministeriums unter Benutzung dieser Entdeckung das berüchtigte Tränengas CS, das dann von den Amerikanern so brutal in Vietnam benutzt wurde.⁴

Stephen und Hilary Rose lehnen es mit Recht ab, Corson und Stoughton für die Benutzung des Tränengases CS in Vietnam verantwortlich zu machen. Und wer von uns würde Galston für die Zerstörung der Natur in Vietnam verantwortlich machen? Wir müßten dann nicht nur Rutherford und Einstein für die Atombombe, sondern, wie die Roses schreiben, „praktisch alle Chemiker, Physiker, Mathematiker und Biologen, die in diesem Jahrhundert Forschungsergebnisse veröffentlicht haben, zur Verantwortung ziehen.“⁵

Viele fortschrittliche Wissenschaftler aber vertreten die Auffassung: Kein Wissenschaftler kann der Verantwortung für sein Werk und für den Gebrauch, den man von ihm macht, entgehen.

Das ist die erste Reihe von Problemen, die man durchdenken muß.

Zweitens:

Wir lehnen heute die einst von nicht wenigen Marxisten vertretene Ansicht einer sozialistischen Physik oder Biologie ab. Aber viele Marxisten glauben noch an eine sozialistische Politische Ökonomie (nicht zu verwechseln mit einer Politischen Ökonomie des Sozialismus!, die es natürlich genau wie eine Politische Ökonomie des Kapitalismus, des Feudalismus etc. gibt), glauben noch an eine sozialistische Geschichtsschreibung usw. Genauso, wie es nur eine Physik als Wissenschaft gibt, kann es nur eine Politische Ökonomie, eine Philosophie, eine Geschichtsschreibung als Wissenschaft geben. Daß die Sozia-[64]listen Marx, Engels, Lenin die Grundlagen der Gesellschaftswissenschaften schufen, ist historisch-ideologisch bedingt, und wir dürfen von den echten, wirklich die Gesetze der gesellschaftlichen Bewegung erkennenden Gesellschaftswissenschaften auch als von marxistischen oder marxistisch-leninistischen Wissenschaften sprechen. Aber sie werden dadurch ebensowenig sozialistische Wissenschaften, wie die euklidische Geometrie eine Sklavenhalter-Geometrie ist. Die Wissenschaft ist neutral insofern, als $2 + 2$ in allen Gesellschaftsordnungen 4 ist oder das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zwar von Sozialisten entdeckt wurde, aber lange vor seiner Entdeckung wirkte und als Entdeckung ein fester Bestandteil der (nicht irgendeiner) Politischen Ökonomie wurde. Die Wissenschaft im beschränkten Sinne als System von Erkenntnissen betreffend Tatsachen, Beziehungen, Gesetzen ist als Wahrheit, als korrekte Widerspiegelung der Realität neutral – was nichts damit zu tun hat, daß zahlreiche Entdeckungen von Zusammenhängen und Gesetzen nur in ganz bestimmten gesellschaftlichen Zusammenhängen möglich waren und sind und daß zahlreiche Erkenntnisse nur unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen oder von bestimmten Klassen praktisch angewandt werden können.

² Vgl. H. and St. Rose, *Science and society*, Harmondsworth 1971, S. 217.

³ M. Leitenberg, *The classical scientific ethic and strategic-weapons development*, in: „Impact of science on society“, Vol. XXI, No. 2, April-June 1971, UNESCO Paris, S. 130.

⁴ Vgl. dazu St. and H. Rose, *The myth of the neutrality of science*, ebenda, S. 144 f.

⁵ Ebenda, S. 145.

Doch lehnt etwa Snow die „Lehre von der ethischen Neutralität der Wissenschaft“ schärfstens ab. „Ich kann sie auch nicht für einen Moment akzeptieren“, erklärt er.⁶ Und Thee verlangt „moralische Wertung, um die Erkenntnisse menschlicher und weiser zu machen“.

Vorbei sind die Zeiten, an deren Anfang Bacon stand, der so sicher war, daß Wissenschaft gewissermaßen automatisch Fortschritt bringen müsse und dem Menschen wohltue. Mit Recht bemerkte Frédéric Joliot-Curie:

„Vor einigen Generationen zweifelte man nur selten ernstlich daran, daß die Wissenschaft, eine Offenbarung der höchsten Eigenschaften des menschlichen Geistes, die ergiebigste Quelle materiellen und geistigen Segens wäre. Sicher fand die Popularisierung der wissenschaftlichen Kenntnisse immer mächtige Feinde in den Verfechtern mystischer Imperative und in denjenigen, deren Profite und Privilegien verlangten, daß sie die Wesen, die sie beherrschten, in ängstlicher Unwissenheit hielten. Trotz der ersten Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten, [65] die auf den Mißbrauch des wissenschaftlichen Fortschritts zurückzuführen sind, nahm das Vertrauen des Volkes zur Wissenschaft un-aufhörlich zu.

Die Geschichte der letzten fünfzig Jahre hat gesehen, wie sich diese allgemeine Einstellung zur Wissenschaft zusehends änderte. Immer häufiger kommen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts angesichts gewisser verhängnisvoller Folgen der Wissenschaft Unruhe und Besorgnis zum Ausdruck. Die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit der Atombombe haben die allgemeine Bestürzung im Hinblick auf die Wissenschaft noch vermehrt und diese Bestürzung sogar auf die Gelehrten selbst übertragen.“⁷

Auch Marx, der klarer als irgend jemand anders erkannte, welche Leiden für die Werktätigen der Fortschritt in einer Ausbeutergesellschaft bringt, bezweifelte den ständigen Fortschritt als solchen niemals. Er konnte nicht voraussehen, daß der Kapitalismus so lange am Leben bleiben würde, seine historische Rolle so lange überleben würde, daß der technische Fortschritt unter der Herrschaft der Monopole die Existenz der ganzen Menschheit in den imperialistischen Ländern gefährdet.

Unter diesen Umständen gewinnt die Frage der Neutralität der wissenschaftlichen Erkenntnis und der Parteinahme des Wissenschaftlers ganz besondere Bedeutung.

3. Neutralität der wissenschaftlichen Erkenntnis „an sich“

Niemand, der den ersten Band des „Kapitals“ gelesen hat, wird die großartige Charakterisierung der Maschine vergessen haben: „Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw.“⁸

Marx spricht von der Maschinerie „an sich“, die es natürlich niemals in der Realität gibt, denn in der Realität ist die Maschine stets an einen durch die Gesellschaftsformation be-[66]stimmten („für sich“) Gebrauch gebunden. Und doch ist dieser Begriff des „an sich“ wichtig, denn er ermöglicht uns, uns klar darüber zu werden, wie verschieden der Gegenstand „an sich“ gebraucht werden kann, welche Möglichkeiten er enthält.

Und so ist es auch richtig, von der wissenschaftlichen Erkenntnis „an sich“ zu sprechen. Als Analyse von Tatsachen, Bewegungen, Zusammenhängen und Gesetzen ist die Wissenschaft den verschiedensten, zum Teil antagonistischen, Zwecken („an sich“) dienstbar.

Aber natürlich gibt es in der Realität ebensowenig eine wissenschaftliche Erkenntnis „an sich“ wie eine Maschine „an sich“. Beide werden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen („für sich“) entwickelt und unter ganz konkreten Produktionsverhältnissen angewandt.

⁶ C. P. Snow, Public affairs, London 1971, S. 189.

⁷ F. Joliot-Curie, Wissenschaft und Verantwortung, Berlin 1962, S. 161.

⁸ K. Marx, Das Kapital, Bd. I, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 465.

Jedoch unterliegt auch das „an sich“ einer wissenschaftlichen Erkenntnis einer historisch-gesellschaftlichen Wertung insofern, als es sich zwar in ein sehr verschiedenes „für sich“ kleidet, um „Realität“ zu werden, als aber im Grunde nur ein „für sich“ zu ihm paßt, nämlich das Fortschritt bringende. Darum verwandelt der Sozialismus jedes durch ein „für sich“ „Realität“ gewordenes „an sich“ in ein, wie Hegel und Marx sagen würden, „an und für sich“.

Die Erkenntnis der Kernspaltung ist an sich ein völlig neutrales Resultat wissenschaftlicher Forschung, das die Bändigung der Atomenergie erlaubt. Sie kann zur Herstellung von Atombomben ebenso wie zur Herstellung von Atomkraftwerken dienen.

Zum Unglück der Menschheit wurde sie zu einer Zeit entdeckt, als noch der Imperialismus die Welt, mit Ausnahme des Gebietes der Sowjetunion, beherrschte. Zum Unglück der Menschheit folgte der Entdeckung ein Weltkrieg, und so wurde sie zur Herstellung der Atombombe verwandt.

Aber das heißt nicht, daß nicht jede wissenschaftliche Analyse „an sich“-Resultate ergibt, auch auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet. So muß man sich klar darüber sein, daß die Entdeckung der Tatsache, daß die Kapitalisten steigende Profite machen, während sich das Lebensniveau der Arbeiter relativ nicht hebt, sondern sinkt – von Ricardo in der primitiven Form des „eisernen Lohngesetzes“ formuliert –, ursprünglich auch als die Erkenntnis einer „Naturtatsache“ von den [67] Politökonomien der frühen Industriebourgeoisie empfunden wurde, da, worauf Marx so klar und scharf hingewiesen hat, der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit damals noch latent war. Niemand konnte darum auch auf die Idee kommen, dieses Gesetz in irgendeiner Weise etwa gegen das Kapital anzuwenden. Es war noch eine wissenschaftliche Erkenntnis „an sich“, eine Analyse, ohne gesellschaftliche Schlußfolgerungen, außer der, daß es nun einmal so war.

4. Die Parteilichkeit des Wissenschaftlers und der Klassen

Wissenschaftliche Erkenntnis „an sich“ gibt es praktisch nicht in der Realität. Natürlich kann man sich theoretisch auch einen Wissenschaftler vorstellen, der ein bestimmtes Problem aus gesellschaftlich nicht bestimmten, aus historisch zufälligen Gründen untersucht, und zugleich kann man sich auch vorstellen, daß die Gesellschaft mit diesem Resultat der wissenschaftlichen Untersuchung nichts Konkretes anzufangen weiß.

Doch trifft es praktisch in der Realität wohl kaum zu, daß der Wissenschaftler in seinen Intentionen bei der Untersuchung eines Gegenstandes und seine wissenschaftlichen Erkenntnisse gleichzeitig gesellschaftlich neutral sind. In dem Moment, wo nicht beides zutrifft oder gar, wie üblich, beides nicht zutrifft, sind zumindest der Wissenschaftler oder die Gesellschaft, im allgemeinen aber sowohl der Wissenschaftler wie die Gesellschaft engagiert, nehmen Partei in dem Sinne, als sie dem Forschungsgegenstand einen spezifischen gesellschaftlichen Wert beimessen – Lenin leitet die Parteilichkeit aus „der Bewertung eines Ereignisses“ ab⁹ –, als sie für das Forschungsergebnis eine bestimmte gesellschaftliche Verwendung haben ... sei es auch nur die der Ablenkung von gesellschaftlich relevanten Problemen.

Die überwältigende Mehrheit der Wissenschaftler forschen, um unsere Erkenntnisse auf diesem oder jenem Gebiet zu erweitern, und haben eine Vorstellung von einem bestimmten Nutzen ihrer Forschung – sei es für sich selbst (und da sie alle in einer bestimmten Gesellschaft leben, ist dieses persönliche „für sich selbst“ gesellschaftlich bestimmt) oder direkt für bestimmte Teile der Gesellschaft oder für die Gesellschaft als [68] Ganzes. Auch wenn Galton seine Beschäftigung mit Pflanzenhormonen harmlos nannte, so wußte er doch sehr genau, daß seine Erkenntnisse für die Biologie und die Medizin seiner Zeit irgendwie nützlich sein würden, und die Biologie ebenso wie die Medizin spielten natürlich für die Landwirtschaft wie für die Gesundheitspflege eine große Rolle, wurden natürlich auch schon kommerziell in nicht geringem Maße genutzt.

Viel wichtiger noch ist die Tatsache, daß die Resultate der wissenschaftlichen Forschung im allgemeinen gesellschaftlich verlangt und genutzt werden – materiell in der Produktion, ideologisch im Klassenkampf, auf dem Wege der Erziehung, der Meinungsbildung, der Verwaltung usw.

⁹ W. I. Lenin, Werke, Band 1, Berlin 1961, S. 414.

Das heißt, die neutrale wissenschaftliche Analyse ist eingebettet in die parteiliche Initiative des Wissenschaftlers zu einer solchen Analyse und ein die parteilichen Schlußfolgerungen für die Praxis (im weitesten Sinne des Wortes). Zugleich aber ist die Initiative des Wissenschaftlers selbst gesellschaftlich, oft direkt klassenmäßig, vielfach direkt auftragsmäßig bestimmt, und die Resultate der Forschung werden gesellschaftlich angeeignet, oft direkt klassenmäßig, vielfach (auf dem Wege des Auftrags) schon vor ihrer Erzielung von bestimmten Teilen der Gesellschaft – dem Staat, Monopolunternehmen, volkseigenen Betrieben – erworben. In gewisser (!) Weise hat darum Ziman recht, wenn er sagt: „Letztlich hat ein Land die Wissenschaftler, die es verdient. Eine verantwortliche Gesellschaft zieht verantwortliche Wissenschaftler auf, bildet sie aus und fördert sie.“¹⁰

Die Erkenntnis als Analyse der Realität ist also, insofern sie wahr ist, neutral. Da aber die Suche nach der Erkenntnis durch den Wissenschaftler im allgemeinen eine Wertung einschließt, und da die Schlußfolgerungen aus der Analyse Wertungen beinhalten, so ist die Wissenschaft nicht neutral, ist durchdrungen von, ist eingebettet in gesellschaftlich bestimmte Parteinahme. Die wenigen theoretischen Einzelfälle von neutralen Intentionen und fehlenden Schlußfolgerungen sowohl von seiten des Wissenschaftlers wie der Gesellschaft sind ohne jede Konsequenz für die Feststellung des Charakters einer Wissenschaft als ganzer – sei es auch der Mathematik oder der Mediävistik: Jede Wissenschaft ist eine gesellschaftlich bestimmte, durch Parteilichkeit, Parteinahme charakterisierte Erscheinung. [69]

5. Die Erkenntnis der Erkenntnisse

Das bedeutet jedoch nicht, daß der Wissenschaftler die gesellschaftliche Bedeutung seiner Erkenntnisse in jeder oder auch nur in ihrer fundamentalen Bedeutung erkennen muß. Das bedeutet auch nicht, daß das Kollektiv der Gesellschaft oder einer einzelnen Klasse bzw. Gruppe das tut.

Wir erinnern an Galston, wir erinnern an Rutherford oder auch an Ricardo, ja, wir können im Grunde an die überwältigende Mehrheit aller wissenschaftlichen Entdecker von Bedeutung erinnern. Keiner von ihnen konnte auch nur alle wichtigen Konsequenzen seiner Entdeckungen übersehen.

Und das gleiche gilt für die Gesellschaft und ihre Untergliederungen, die sich die Resultate der wissenschaftlichen Erkenntnisse aneignen, sie praktisch nutzen. Erst, recht die spezifische Auftragsforschung sieht im allgemeinen nur ein einzelnes Resultat der Forschung vor sich, hat keine Ahnung von der multivalenten „Neutralität“ der dem verlangten Forschungsergebnis vorangehenden Analyse.

Ja, vielfach ist es in der Grundlagenforschung so, daß der Forscher in seinen Intentionen die Erzielung bestimmter Nützlichkeiten seiner Forschung ablehnen muß, um die Richtung der Analyse, das spezifische Gebiet der Analyse nicht bereits im voraus einengend zu bestimmen. Je abstrakter das Forschungsgebiet, desto abstrakter schon die Intentionen des Wissenschaftlers, desto überraschender oft die Resultate, desto unerwarteter oft die Erkenntnisse. Das gleiche kann aber auch gelten, wenn ein reifer Wissenschaftler einen ganz konkreten wissenschaftlichen Auftrag übernimmt, der ihn gar nicht selten schnell zur Abstraktion führt, ganz gleich, ob er den Auftrag erfüllen oder nicht erfüllen konnte. Ja, gerade das Scheitern des spezifischen Auftrags und die Untersuchung der Gründe des Scheiterns führen bisweilen zu völlig neuen Erkenntnissen, die zuvor nicht zu erwarten waren.

Die Tatsache, daß die Erkenntnisse der Erkenntnisse sowohl von seiten des Wissenschaftlers wie von seiten der Gesellschaft und ihrer Untergliederungen stets nur, eine beschränkte, oft nur eine sehr beschränkte ist und sein kann, wirft eine ganz spezifische Problematik für den Wissenschaftler und die Gesellschaft auf. [70]

6. Parteilichkeit und Verantwortung

Es wird heute allgemein sowohl von bürgerlicher wie von marxistischer Seite eine Verantwortung des Wissenschaftlers für die Resultate seiner wissenschaftlichen Forschung und ihre Verwendung gefordert. Eine solche Forderung ist jedoch nur in ganz beschränktem Maße berechtigt.

So richtig es nämlich ist, von dem Wissenschaftler eine gesellschaftlich bewußte Parteinahme, Parteilichkeit zu fordern, so falsch ist es, ihm eine allgemeine Verantwortlichkeit für die Resultate seiner

¹⁰ J. Ziman, The impact of social responsibility on science, in: „Impact“ etc., a. a. O., S. 121.

Forschung und ihre Verwendung aufzubürden, die er nicht tragen kann, da sie weit über sein Vermögen als Wissenschaftler hinausgeht.

Natürlich hat Ziman in gewisser Weise recht, wenn er schreibt: „Wir Wissenschaftler können nicht persönlich stolz auf die ‚Leistungen‘ unserer Wissenschaft und Technologie sein und gleichzeitig die Verantwortung für ihr Versagen und ihren Mißbrauch ablehnen.“¹¹

Natürlich hat Leitenberg in gewisser Weise recht, wenn er die „alte wissenschaftliche Ethik“ ablehnt, deren Standpunkt er so formuliert:

„Wir Wissenschaftler tun nur, was uns interessiert. Wir wissen nicht, und wir können nicht wissen, was mit den Resultaten unserer Arbeit geschieht, nachdem sie unser Laboratorium verlassen haben.

Wenn wir es aber wissen, dann ist es nicht die soziale Aufgabe des Wissenschaftlers, zu entscheiden, wie seine Arbeit verwendet werden soll; das ist die Funktion der Gesellschaft als Ganzes oder insbesondere einer spezifischen Gruppe, der Manager der Aktivitäten und Prioritäten der Gesellschaft, der Politiker.“¹²

Natürlich hat Thee in gewisser Weise recht, wenn er bemerkt: „Kein Wissenschaftler kann sich der Verantwortung für seine Arbeit und des Gebrauchs, den man von ihr macht, entziehen. Er hat das Recht und die Verpflichtung, eine Stimme bei der Entscheidung über die Anwendung seiner Entdeckungen und Bemühungen zu verlangen. Es ist offenbar, daß der Ruf, den Elfenbeinturm reiner Forschung oder der Wissenschaft um der Wissenschaft willen zu verlassen, von wachsender Bedeutung im Atomzeitalter geworden ist.“

[71] Natürlich hat der Bericht der genannten Arbeitsgruppe der Pugwash-Konferenz in gewisser Weise recht, wenn er sagt, „daß der Wissenschaftsunterricht klar machen sollte, daß ein großer Teil der Verantwortung für die Anwendung der Wissenschaft auf den Wissenschaftlern selbst ruht“ und daß man nicht „die Wissenschaft und die Auswirkungen der Wissenschaft auf die Welt als getrennte Themen behandeln sollte“.

Aber solche Formulierungen dürfen nicht zu der Forderung führen, daß der Wissenschaftler als Wissenschaftler allgemein die Verantwortung für das, was mit den Ergebnissen seiner Forschung geschieht, trägt.

Sicherlich kann man sagen, daß, wenn der Forscher den spezifischen Auftrag erhält, ein Giftgas für militärische Zwecke oder ein empfängnisverhütendes Mittel oder eine automatische Maschine oder ein Instrument zur Verhütung von gewissen Unfällen oder ein bestimmtes Steuersystem zu entwickeln, er die Verantwortung für die Folgen der spezifischen Anwendung seines Forschungsergebnisses mitträgt. Aber natürlich trägt er keine Verantwortung dafür, wenn das Giftgas zur Vernichtung von Ungeziefer, das empfängnisverhütende Mittel zur Regelung des Körpergewichts, die automatische Maschine in Verbindung mit Handarbeit, das Instrument zur Verhütung von Unfällen zugleich zur Steigerung der Arbeitshetze, das Steuersystem zur Erhöhung oder Senkung der Steuerlast benutzt wird. Er trägt die Verantwortung nur insoweit, als er um die Verwendung seiner Erfindung, seiner Erkenntnis weiß bzw. wissen sollte. Es gibt keine abstrakte Verantwortung des Wissenschaftlers für die multivalente Verwendung der Resultate seiner Forschung – keine Verantwortung des Wissenschaftlers als Wissenschaftler!

Und doch wird heute allgemein die Behauptung aufgestellt, daß der Wissenschaftler als Wissenschaftler eine besondere gesellschaftliche Verantwortung trägt. Der Marxist Bratanov hat diese These auf der Pugwash-Konferenz aufgestellt. De Hemptinne von der UNESCO hat sie vertreten. Snow begründet die gleiche These damit, daß die Wissenschaftler „sich von anderen Menschen in einer Sache unterscheiden ... Ob sie es mögen oder nicht, was sie tun, ist von entscheidender Bedeutung für die Menschheit. Was sie getan haben, hat das Klima unserer Zeit intellektuell verändert. Und gesellschaftlich, sozial gesehen, werden ihre Taten darüber entscheiden, ob wir leben oder

¹¹ Ebenda, S. 114.

¹² M. Leitenberg, a. a. O., S. 133.

untergehen. Ihre Taten sind entscheidend für eine gute oder eine schlechte Entwicklung. *Das* ist die Situation, in der die Wissenschaftler sich heute befinden ... Es genügt nicht zu sagen, daß Wissenschaftler eine Verantwortung als Bürger haben. Sie haben eine viel größere Verantwortung.“¹³

Ich halte diese These für falsch. Sie beruht gewissermaßen auf einer „umgekehrten Elitetheorie“. Die Verantwortung des Wissenschaftlers als Wissenschaftler für die Verwendung seiner Forschungsergebnisse ist nicht größer und kann nicht größer sein als die irgendeines anderen Mitgliedes der Gesellschaft. Natürlich hat der Leiter eines wichtigen Forschungsprojekts eine größere gesellschaftliche Verantwortung als einer seiner einfachen Mitarbeiter oder als ein Arbeiter im Betrieb. Das hängt mit seiner Funktion zusammen, die aber nicht größere gesellschaftliche Verantwortung für die Verwendung der Resultate der wissenschaftlichen Erkenntnis durch die Gesellschaft mit sich bringt, als sie ein Betriebsdirektor in der Industrie oder der Kreissekretär einer Arbeiterpartei hat.

Allgemein gesprochen, also ohne spezifische Berücksichtigung der Funktion des Wissenschaftlers im Wissenschaftsbetrieb, hat der Wissenschaftler als Mitglied seiner Gesellschaft genau wie jeder andere, wie der Arbeiter und der Künstler, wie der Bauer und der Angestellte höchste Verantwortung für das, was die Gesellschaft mit jedem Resultat der wissenschaftlichen Erkenntnis tut, und darum nicht mehr und nicht weniger Verantwortung als jeder andere.

3. Die Subjektivität der Verantwortung

Wir Marxisten wissen, daß es eine historische Verantwortung gibt, weil wir wissen, daß die Geschichte der menschlichen Gesellschaft gesetzmäßig verläuft und daß es unsere historische Verantwortung ist, den menschlichen Fortschritt gemäß dieser Gesetzmäßigkeit zu fördern. Doch wäre es naiv, daraus schließen zu wollen, daß es darum für den marxistischen Wissenschaftler in der sozialistischen Gesellschaft keinen Gegensatz zwischen seiner subjektiven Bewertung der Verwendung seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse (ja, schon in der Bewertung [73] seiner wissenschaftlichen Intentionen) einerseits und der historischen Verantwortung andererseits geben kann. Denn kein Wissenschaftler kann für sich in Anspruch nehmen, daß er stets richtig entscheiden kann, was seine historische Verantwortung im Einzelfall ist, das heißt, wie der Fortschritt am besten zu fördern ist. Kann doch auch die Führung einer Arbeiterpartei oder eines Arbeiterstaates die Möglichkeit von Fehleinschätzungen in der Verwendung, ja schon in der Initiierung wissenschaftlicher Forschungen nicht stets vermeiden.

Das heißt, wir haben drei Ebenen der Verantwortung in der sozialistischen Gesellschaft: Die historische Verantwortung als objektive Widerspiegelung der historischen Gesetzmäßigkeiten, die kollektive Verantwortung der Führung in Partei und Staat, die subjektiv ist, auf kollektiven subjektiven Entscheidungen über Werte, über Prioritäten usw. beruht, und die persönliche subjektive Verantwortung des Wissenschaftlers. Beide Arten der subjektiven Verantwortung stellen Bemühungen dar, die historische Verantwortung zu realisieren. Da es aber menschliche Bemühungen sind, so unterliegen sie natürlich der Möglichkeit von Irrtümern; und niemand wird behaupten wollen, daß uns die Geschichte nicht mit einer Reihe solcher Irrtümer als Beispiele versehen hat.

Doch sind nicht solche Widersprüche, die hier nur um der Herausarbeitung der Subjektivität (nicht des Subjektivismus!) von Entscheidungen willen hervorgehoben wurden, kennzeichnend für die Situation im Sozialismus, sondern die zunehmende Übereinstimmung zwischen der historischen Verantwortung und den subjektiven Entscheidungen von Partei, Staat und Einzelwissenschaftler darüber, was im gegebenen Moment die richtige Interpretation der historischen Verantwortung ist. Solch eine zunehmende Übereinstimmung ist nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich, da es in ihr auf der einen Seite keine Klassengegensätze gibt und da auf der anderen Seite die zunehmende Vertiefung des Marxismus-Leninismus eine immer bessere Erkenntnis der historischen Verantwortung auch im Einzelfall, der zur Entscheidung vorliegt, ermöglicht.

Bei solchen Entscheidungen spielt das Problem von Mittel und Zweck oft eine große Rolle. Mit Recht haben wir zum Beispiel entschieden, daß die Atombombe oder die Raketenwaffe ein berechtigtes

¹³ C. P. Snow, a. a. O., S. 188 und 197.

Mittel ist, den Sozialismus zu verteidigen. [74] Mit Recht haben wir andererseits entschieden, daß Arbeitslosigkeit kein Mittel ist, die Arbeitsdisziplin im Sozialismus zu erhöhen.

Bei zahlreichen anderen Mitteln aber ist die Entscheidung wesentlich schwerer. Frage: Steht es dem einzelnen Wissenschaftler in der sozialistischen Gesellschaft zu, darüber zu entscheiden, welche Mittel in der sozialistischen Gesellschaft erlaubt sind und welche nicht? Hat der einzelne Wissenschaftler die Verantwortung für die Verwendung der Resultate seiner wissenschaftlichen Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft? Natürlich hat er das Recht zu einem Urteil, und natürlich hat er die Pflicht, sein Urteil bekannt zu machen und für seine Auffassung einzutreten.

Da er aber weiß, daß sein Zweck und der Zweck der Führung in Partei und Staat inhaltlich, konkret übereinstimmen, daß die Gesellschaft als Ganzes einen einheitlichen Zweck verfolgt, wird er verstehen, daß er sich einer kollektiven Entscheidung über die Verwendung oder Nichtverwendung des von ihm gefundenen Mittels fügen muß. Die subjektive Verantwortung des Wissenschaftlers für die von ihm gewonnene wissenschaftliche Erkenntnis als solche wird immer bestehen. Die subjektive Verantwortung des Wissenschaftlers für die Verwendung seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse in der sozialistischen Gesellschaft endet aber, nachdem eine kollektive Entscheidung über die Verwendung gefällt worden ist.

Viel komplizierter liegt die Problematik bei der Mehrheit der Wissenschaftler heute, die ja nicht Marxisten sind und nicht in einer sozialistischen Gesellschaft leben.

Es gibt eine ganze Anzahl von Wissenschaftlern, die wir mit Recht als reaktionär in ihrer Weltanschauung und inhuman in ihrer wissenschaftlichen Aktivität charakterisieren, die auch nicht den Hauch einer Ahnung der historischen Verantwortung der Wissenschaft heute haben, die aber durchaus ehrlich in ihrer wissenschaftlichen Aktivität sind und glauben, verantwortlich zu handeln. Sie glauben zum Beispiel ehrlich an die „zivilisatorische Sendung der Vereinigten Staaten“, das heißt faktisch des amerikanischen Monopolkapitals.

Warum erwähnen wir sie hier so laut und deutlich, wo doch die Geschichte einst, genau wie wir auch heute, sie zumindest [75] mit Verachtung für ihr Handeln abtun wird? Wir tun das deshalb, um zu zeigen, wie in jeder Beziehung verfehlt ein „Hippokratischer Eid“ für Wissenschaftler wäre. Es wäre nicht schwer, sowohl in den USA wie in der Sowjetunion Wissenschaftler zu finden, die ehrlich einen „Hippokratischen Eid“ schwören würden, ihre ganzen wissenschaftlichen Kräfte für den menschlichen Fortschritt einzusetzen – und die unter menschlichem Fortschritt genau das Gegenteil dessen verstehen, was die andere Seite vertritt. Natürlich haben die Sowjetwissenschaftler die historisch richtige Auffassung von dem, was Fortschritt ist, und die charakterisierten USA-Wissenschaftler eine falsche Auffassung. Ein „Hippokratischer Eid“ aber wird von dem einzelnen Wissenschaftler geschworen und beinhaltet die Verwirklichung seines subjektiv ehrlichen Strebens für menschlichen Fortschritt – mehr kann der Eid nicht beinhalten. Ein „Hippokratischer Eid“, der besagen würde, daß der Wissenschaftler sein Bestes für den objektiven Fortschritt, so wie ihn Marxisten-Leninisten in ihrer Weltanschauung richtig widerspiegeln, tun muß, wäre durchaus sinnvoll in einer sozialistischen Gesellschaft (würde aber vielen mit Recht als überflüssig erscheinen, da eine solche Haltung von jedem Mitglied der sozialistischen Gesellschaft verlangt wird). Ein solcher „Hippokratischer Eid“ für alle Wissenschaftler wäre heute aber unsinnig, da sogar auch viele ehrliche, fortschrittliche, humane Wissenschaftler, die uns Marxisten oft nahestehen, ihn nicht leisten könnten, weil sie eben nicht Marxisten-Leninisten sind.

Das eben ist, worauf wir schon hingewiesen haben, der Unterschied des Eides des Arztes und des Wissenschaftlers. Schweigepflicht über die Krankheit des Patienten, Erhaltung seines Lebens usw. sind objektive Tatsachen, die keiner weltanschaulichen Interpretation unterliegen. Der Eid des Wissenschaftlers aber beinhaltet Weltanschauungen und Wertungen, die zwar objektiv historisch richtig oder falsch sind, die aber alle im Rahmen der verschiedenen heute noch herrschenden Weltanschauungen subjektiv ehrlich sein können.

Wolfgang Jonas machte mich auch auf folgende Überlegung aufmerksam: Der Eid des Arztes bezieht sich auf das Individuum Patient, ein entsprechender Eid des Wissenschaftlers aber wäre eine Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber.

[76] Sobald der Arzt sich nun einer gesellschaftlichen Verpflichtung gegenüber sieht, muß er auch seinen Eid aufheben: zum Beispiel die Verpflichtung zur Schweigsamkeit über die Krankheit seines Patienten im Falle der Gefährdung der Gesellschaft durch eine epidemische Krankheit.

Wie aber ist die Situation für die zahlreichen Wissenschaftler, die in den imperialistischen Ländern heute, die, ohne schon Marxisten zu sein, die Inhumanität des Imperialismus zutiefst erkennen und mit Recht eine inhumane Verwendung ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse befürchten müssen, ganz gleich, ob diese Erkenntnisse schon heute jedem sichtbar inhumanen Zwecken, also der Reaktion, dienen können oder nicht? Denn darüber muß man sich völlig klar sein: Es gibt keine einzige wissenschaftliche Erkenntnis, die die Kräfte des Imperialismus nicht für ihre menschenfeindlichen Zwecke früher oder später verwenden können. Es gibt im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus keine „sauberen“ wissenschaftlichen Resultate in dem Sinne, daß sie nicht zu inhumanen Mitteln pervertiert und so reaktionären, menschenfeindlichen Zwecken dienen können. Die neutralste Analyse kann vom Imperialismus zu reaktionären, vom Sozialismus zu humanen, fortschrittlichen Zwecken verwandt werden.

Sehr richtig bemerkt Max Steenbeck: „Die Erweiterung unseres Wissens über die Grenzen des schon Bekannten hinaus ist niemals Frevel, unabhängig davon, was sich im vorerst noch Unbekannten dann finden wird. Erst die Anwendung des Wissens führt in moralische Kategorien. Jedes Wissen kann auch zum Schaden von Menschen mißbraucht werden – jedes, ohne Ausnahme; und es gibt andererseits kein Wissen, das nur zum Schaden dienen kann. Es hieße aber den Forscher überfordern, wenn man von ihm eine Voraussicht darüber verlangte, wie später einmal andere Menschen das von ihm gefundene und fast immer zunächst noch lückenhafte Wissen ausnutzen werden.“¹⁴

8. Wie soll sich der Wissenschaftler in der kapitalistischen Gesellschaft verhalten?

Brooks wirft die Frage auf, ob der Wissenschaftler die Resultate seiner Forschung unter Umständen der Gesellschaft vor-[77]enthalten oder sich weigern soll, bestimmte Forschungen zu unternehmen. Er meint auch, daß die Interesslosigkeit hervorragender Molekularbiologen für Probleme der biologischen Kriegsführung zu einer sehr langsamen Entwicklung auf diesem Gebiet geführt und so die Regierungen veranlaßt hätte, auf die biologische Kriegsführung zu verzichten. Umgekehrt meint Smith, daß gerade das Interesse der Wissenschaftler für chemische Kriegsführung zu ihrer „Perfektionierung“ für den Krieg in Vietnam geführt hätte.

Bekannt ist auch die Haltung vieler Wissenschaftler, die sich nicht weigern, bestimmte, ganz offenbar von den Auftraggebern für inhumane Zwecke finanzierte, Forschungen durchzuführen – mit der Begründung, daß, wenn sie es nicht tun, ein anderer es tun wird. Und sicherlich haben sie nicht ganz unrecht.

Ein Wissenschaftler, der sich weigert, bestimmte Forschungen durchzuführen, weil sie ihm ethisch verwerflich erscheinen, kann sicherlich sein Leben als guter Mensch beschließen – aber wird durch seine Weigerung das Leben der Menschen, wird die Gesellschaft besser? Man kann sagen: besser um einen Menschen; aber das ist nicht gerade viel.

Es gibt wohl nur zwei Wege, um eine die Menschheit schädigende Wirksamkeit der Wissenschaft in einem kapitalistischen Lande effektiv behindern oder gar verhindern zu können.

Den einen Weg hat Snow angedeutet, wenn er verlangt, daß die Wissenschaftler sagen müssen, was sie wissen.¹⁵ Aber Snow beschränkt die Aussagepflicht auf kritische Wertungen der Leistungen der Wissenschaft und Voraussagen ihrer schlimmen Folgen. Man muß jedoch viel weiter gehen. Alle Wissenschaftler in der kapitalistischen Welt sollten die Resultate ihrer Forschungen bekanntmachen, entweder im Druck oder, wenn das nicht möglich ist, durch persönliche Mitteilung an Wissenschaftler in aller Welt. Auf diese Weise würden sie es ermöglichen, daß sich andere Wissenschaftler mit der Anwendung ihrer Resultate in doppelter Weise beschäftigen können: einmal, um Gegenmittel gegen

¹⁴ M. Steenbeck, *Wirken für die Zukunft*, Berlin und Weimar 1973, S. 109.

¹⁵ C. P. Snow, a. a. O., S. 197.

eine menscheitsfeindliche Verwendung der Resultate zu finden, und sodann, um vor allem ihre humane Verwendung zu verwirklichen.

Der andere Weg ist, als Propagandist zu wirken und die Allgemeinheit über die verschiedenen – humanen wie inhumanen – Wege der Anwendung von Wissenschaftsresultaten auf-[78]zuklären. Mit dieser Aufklärungskampagne reiht sich der Wissenschaftler in die große Mehrheit der Mitglieder seiner Gesellschaft ein, die über die neuesten Resultate und die Anwendungsmöglichkeiten der wissenschaftlichen Forschung informiert sein wollen, um mitentscheiden zu können, wie man sie am besten im Interesse der Gesellschaft nutzen kann. Mit dieser Aufklärungskampagne wird der Wissenschaftler zu einem wichtigen Mitkämpfer gegen das inhumane System der Gesellschaftsordnung, in der er lebt, zu einem aktiven Kämpfer für den Fortschritt. Auf diese Weise findet der Wissenschaftler den Weg zur Arbeiterklasse, zu der historischen Kraft, die eine neue, die Wissenschaft zum Wohle der Menschheit nutzende Gesellschaft schaffen wird.

Und so kommen wir zu der Formulierung einer Doppelforderung an den fortschrittlichen Wissenschaftler in der kapitalistischen Gesellschaft: Bekanntmachung der Forschungsergebnisse und Kampf für ihre fortschrittliche Verwendung.

Selbstverständlich kann diese Doppelforderung nicht für den Wissenschaftler in der sozialistischen Gesellschaft gelten, und zwar aus zwei Gründen; die jedem fortschrittlichen Wissenschaftler einleuchten werden:

Einmal würde die Veröffentlichung aller Wissenschaftsergebnisse in den sozialistischen Ländern die sichere Gefahr bringen, daß sie in der kapitalistischen Welt gegen den Fortschritt verwendet werden.

Sodann braucht der Wissenschaftler in der sozialistischen Welt keinen Kampf um die fortschrittliche Verwendung seiner Forschungsergebnisse zu führen. Er bemüht sich um sie wie jeder andere Bürger unter der Führung von Partei und Staat.

Vielleicht erscheint diese Lösung manchen Wissenschaftlern, insbesondere in der Welt des Kapitalismus, zu einfach. Doch so kompliziert gar manche taktische Frage im Kampf für den Fortschritt ist – die strategischen Fragen sind weit weniger schwer zu lösen, und die Grundfrage: Welches ist die Seite der Barrikade, auf der der Fortschritt kämpft, ist ganz, ganz einfach zu beantworten.

Daß der Kampf für den Fortschritt aber den *ganzen* Einsatz erfordert, heute wie vor hundert und vor Tausenden von Jahren, das wird der Wissenschaftler genauso wie der Arbeiter und Bauer verstehen – und entsprechend handeln.